

FEMINISTISCHE WIRTSCHAFTS- POLITIK



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

Deutscher Frauenrat e.V.
Axel-Springer-Str. 54a
10117 Berlin
www.frauenrat.de

AUTORINNEN

Prof. Dr. Aysel Yollu-Tok
Hanna Völkle
(Harriet Taylor Mill-Institut für
Ökonomie und Geschlechter-
forschung der Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin)

LEKTORAT

Ulrike Helwerth

GESTALTUNG

Katharina Peter

ILLUSTRATIONEN

Bianca Seidel

DRUCK

Pinguindruck

ERSCHEINUNGSDATUM

November 2024

/// EXPERTISE

FEMINISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

INHALT

- 4 **VORWORT DER HERAUSGEBERIN**
- 6 **VORWORT DER AUTORINNEN**
- 8 **EINFÜHRUNG**
Was ist feministische
Wirtschaftspolitik?
- 14 **FEMINISTISCHE FISKALPOLITIK**
Gleichstellung als
Wachstumsfaktor anerkennen
- 22 **FEMINISTISCHE GELDPOLITIK**
Datenlücken schließen
- 30 **FEMINISTISCHE ARBEITSMARKTPOLITIK**
Leistungsgerechtigkeit schaffen
- 38 **FEMINISTISCHE AUSSENHANDELSPOLITIK**
Sichtbarkeit herstellen und
Lücken schließen
- 44 **FEMINISTISCHE VERTEILUNGSPOLITIK**
Geschlechtergerechte
Sozialpolitik stärken
- 50 **FAZIT**
Wirtschaftspolitik ist
Gleichstellungspolitik
- 52 **LITERATUR**

VORWORT DER HERAUSGEBERIN

DR. BEATE VON MIQUEL

Deutschlands Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Inmitten multipler Krisen muss die Bundesrepublik einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel meistern, um zukunftsfähig zu bleiben. Dieser unvermeidbare Umbau ist eine Mammutaufgabe. Und er eröffnet die Chance, unser wirtschaftliches Handeln aus feministischer Perspektive grundlegend zu hinterfragen und umzugestalten.

Mit der vorliegenden Expertise will der Deutsche Frauenrat einen Akzent in der wirtschaftspolitischen Debatte setzen: Die größte frauenpolitische Interessenvertretung in Deutschland drängt darauf, feministische Prinzipien in ein Politikfeld aufzunehmen, das ohne weibliche Perspektivenvielfalt nicht nachhaltig modernisiert werden kann. Zu lange folgte die wirtschaftspolitische Praxis vermeintlich geschlechtsneutralen ökonomischen Theorien. Die Zeche für eine Politik, die sich maßgeblich an männlichen Lebensrealitäten orientiert, natürliche Ressourcen überstrapaziert und viele der von Frauen geleisteten Arbeiten als selbstverständlich und unentgeltlich einpreist, zahlen Frauen und Familien in ihrem Alltag.

Es ist unbestritten, dass sich unsere Art des Wirtschaftens wandeln muss. Doch damit eine sozial-ökologische Trans-

formation gelingt, dürfen die vielfältigen und unterschiedlichen Lebenserfahrungen von Frauen – gerade in intersektionaler Perspektive – nicht länger im wirtschaftspolitischen Handeln und seinem Krisenmanagement fehlen. Die jüngsten Krisen zeigen mehr als deutlich, dass der Rückgriff auf die immer gleichen alten Rezepte zunehmend Frauen in der eigenständigen Existenzsicherung sowie die gleichstellungspolitischen Erfolge ganzer Generationen bedroht.

Es ist an der Zeit, dass Gleichstellung eine zentrale Rolle in der Transformation einnimmt. Um mehr Chancengleichheit zu erreichen, werden auskömmliche Investitionen in Bildung, Gleichstellung, Klimaschutz, Infrastruktur und sozialstaatliche Maßnahmen benötigt. Daher ist jetzt die Zeit, zu hinterfragen: Wie genau werden öffentliche Gelder verteilt? Wer wird wie stark bei der Finanzierung des Gemeinwesens zur Kasse gebeten und wer wofür entlastet? Warum fließt unentgeltlich erbrachte Sorgearbeit nicht in volkswirtschaftliche Bilanzen ein? Es ist jetzt auch die Zeit, Reformen einzuleiten und dem rostigen Werkzeugkasten der Wirtschaftspolitik sein dringend benötigtes Update zu verpassen für eine nachhaltige und geschlechtergerechte Zukunft. Das passende Rüstzeug für diese Herausforderungen liefert diese Expertise.

VORWORT DER AUTORINNEN

PROF. DR. AYSEL YOLLU-TOK UND HANNA VÖLKLE

Die feministischen Wirtschaftswissenschaften widmen sich in ihrer Bandbreite und ihren vielfältigen Zugängen den Leerstellen und offenen Fragen, die die klassischen Wirtschaftswissenschaften unbearbeitet lassen (vgl. Yollu-Tok/Rodríguez Garzón 2018). Aus der Beschäftigung mit der feministischen Ökonomik heraus begannen Wirtschaftswissenschaftlerinnen ab den 1990er-Jahren, sich national und international zu vernetzen. 1992 wurde die International Association for Feminist Economics (IAFFE) gegründet, und es etablierte sich international eine eigenständige „Forschungsrichtung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften“ (Bauhardt/Çağlar 2010: 7). Um die androzentrisch dominierten Wirtschaftswissenschaften zu durchbrechen, die vorgebliche Geschlechtsneutralität dieser Wirtschafts-ideen zu hinterfragen und unsichtbare wirtschaftliche Beiträge wie unbezahlte Sorgearbeit sichtbar zu machen, legt die feministische Ökonomik in der Regel ein „Wissenschaftsverständnis zu Grunde, das ganz bewusst normativ und politisch geprägt ist“ (Thieme 2017: 108). Trotz dieser gemeinsamen Grundlagen existiert bisher weder ein eigenständiger Theorie- oder Forschungsbereich zur feministischen Wirtschaftspolitik noch ist eine einheitliche Übersetzung und Vorstellung angewandter feministischer Wirtschaftspolitik vorhanden. Jedoch gibt es zahlreiche Forschungsarbeiten, Organisationen und politische Initiativen, die feministische Prinzipien und

Perspektiven in die Gestaltung von Wirtschaftspolitik einbeziehen. Diese Ansätze zielen darauf ab, geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu identifizieren, zu adressieren und die Politikgestaltung so zu verändern, dass sie die Bedürfnisse und Interessen aller Geschlechter berücksichtigt.

Das Ziel dieser Expertise ist es, Kernpunkte einer feministischen Wirtschaftspolitik herauszuarbeiten, indem die Gemeinsamkeit unterschiedlicher theoretischer Zugänge im Bereich der feministischen Ökonomik als Grundlage herangezogen werden (Yollu-Tok/Rodríguez Garzón 2018): Diese Gemeinsamkeit liegt – wie beschrieben – in der gemeinsamen Kritik an der androzentrischen Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaften. Die traditionelle Wirtschaftspolitik basiert oft auf einem männlich geprägten Paradigma und historisch gewachsenen Denkmustern, die nicht-männliche Lebensrealitäten oder Erfahrungen ausblenden oder an den Rand drängen. So werden Frauen und andere marginalisierte Gruppen auch heute noch oft in wirtschaftspolitischen Analysen und Politikgestaltungen vernachlässigt, wodurch geschlechtsbezogene Unterschiede und Herausforderungen nicht angemessen berücksichtigt werden. Daraus ergibt sich die zentrale Forderung feministischer Wirtschaftspolitik, Frauen aus einer intersektionalen Perspektive sowohl in bestehende Theorien als auch in die praktizierte Wirtschaftspolitik zu integrieren.

EINFÜHRUNG



WAS IST FEMINISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK?

Diese Expertise präsentiert einen praxisorientierten Ansatz für feministische Wirtschaftspolitik, indem sie bewusst entlang der klassischen wirtschaftspolitischen Ziele strukturiert ist, um die Lücken in der herkömmlichen Wirtschaftspolitik aufzuzeigen. Diese Ziele sind in Deutschland u.a. im Wachstums- und Stabilitätsgesetz von 1967 definiert. Dabei wird deutlich, dass bei einigen Zielen bereits ein umfangreiches Wissen aus geschlechterbezogener Perspektive besteht, während andere Bereiche noch Lücken aufweisen. Es ist wichtig zu betonen, dass die genannten Ziele im Rahmen dieser Expertise zwar separat analysiert werden, aber in der Realität selbstverständlich miteinander verflochten sind und nicht isoliert betrachtet werden können. Darüber hinaus können diese Ziele oft nicht gleichzeitig erreicht werden, da sie häufig entweder einander bedingen oder gar miteinander im Konflikt stehen.

STETIGES UND ANGEMESSENES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

/// Die klassische Wirtschaftspolitik erfasst Wirtschaftswachstum anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP): Diese Kennzahl misst den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen,

die innerhalb einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum, üblicherweise einem Jahr, produziert werden. Es ist ein Maß für die wirtschaftliche Aktivität eines Landes und wird häufig verwendet, um den Wohlstand und das Wirtschaftswachstum zu bewerten, beinhaltet aber viele Leerstellen, wie beispielsweise unbezahlte Sorgearbeit.

/// Die Messung des wirtschaftlichen Wohlstands eines Landes hat geschlechtsbezogene Dimensionen. Ein Beispiel: Unbezahlte Arbeit macht, wird sie mit einem fiktiven Lohn bewertet, etwa ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts aus (Schwarz/Schwahn 2016). Aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes (2024a) zeigen, dass Frauen im Jahr 2022 mehr unbezahlte Arbeit leisteten als Männer (durchschnittlich neun Stunden pro Woche). Diese Arbeit bleibt jedoch unsichtbar, da nur bezahlte Tätigkeiten ins BIP einfließen (Sesselmeier/Oswald 2011), obwohl Reproduktionsarbeit die Voraussetzung für jede wirtschaftliche Tätigkeit ist.

/// Eine feministische Wirtschaftspolitik geht davon aus, dass eine geschlechtsbezogene Analyse des Wirtschafts-

wachstums vorgenommen werden muss, um eine langfristige und geschlechtergerechte Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erzielen und den Wohlstand für alle in einer Volkswirtschaft zu verbessern.

STABILITÄT DES PREISNIVEAUS

/// Die Stabilität des Preisniveaus signalisiert eine gleichbleibende Kaufkraft des Geldes, wobei die Inflationsrate über die Zeit hinweg stabil bleibt, jedoch nicht zwangsläufig bei null liegt. Warum ist dies von Bedeutung? Die Preisniveaustabilität in einer Volkswirtschaft ist entscheidend, um den Wert des Geldes und damit die Kaufkraft für Konsument*innen zu erhalten und um ihre zentrale Rolle in der Wirtschaft und Gesellschaft zu bewahren.

/// Die Preisniveaustabilität eines Landes hat geschlechtsbezogene Dimensionen. Ein Beispiel: Die privaten Konsumausgaben sind im Jahre 2022 inflationsbedingt gestiegen. Dabei entfielen knapp die Hälfte der Ausgaben auf Wohnen und Lebensmittel (Statistisches Bundesamt 2023a). Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen treffen diese Preissteigerungen im alltäglichen Konsum stärker; ihnen bleibt kaum die Möglichkeit, monatlich zu sparen oder gar langfristig Kapital aufzubauen. Das Risiko der Einkommensarmut ist in Deutschland ungleich verteilt und

weist intersektionale Geschlechterdimensionen auf: Frauen und Alleinerziehende sind besonders gefährdet, da das verfügbare Haushaltseinkommen oft nicht ausreicht, um die notwendigen Güter und Dienstleistungen für das soziokulturelle Existenzminimum¹ zu decken. Im Jahr 2022 waren Frauen mit 17,7 Prozent stärker von Armut gefährdet als Männer (15,7 Prozent); für Alleinerziehende (meistens Frauen) lag das Risiko bei 42,9 Prozent (Statistisches Bundesamt 2023b).

/// Eine feministische Wirtschaftspolitik beleuchtet die geschlechtsspezifischen Aspekte des Geldmarktes im Allgemeinen und erkennt den Zugang zu Wissen und Kapital als Schlüsselemente für eine wirksame Geld- und Finanzpolitik an. Darüber hinaus liefert sie Erkenntnisse zu geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Inflation.

HOHER BESCHÄFTIGUNGSGRAD

/// Ein weiteres zentrales Anliegen der Wirtschaftspolitik ist Vollbeschäftigung, was bedeutet, dass die Anzahl der verfügbaren Arbeitsplätze in der Wirtschaft mit der Anzahl der Arbeitssuchenden übereinstimmt. Da es je-

1 Dazu gehören neben Nahrung, Kleidung und Hausrat auch die Ermöglichung von sozialer, kultureller und politischer Teilhabe. Diese Gewährleistung ist im Grundgesetz und im Sozialstaatsprinzip verankert.

doch immer eine gewisse Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt gibt, ist Vollbeschäftigung bereits erreicht, wenn die Arbeitslosenquote bei zwei bis drei Prozent liegt (Weber 2014). Jedoch ist die Berücksichtigung der Art und des Umfangs der Beschäftigung entscheidend, da die bloße Anzahl der Erwerbstätigen allein keine Aussage darüber trifft, welche Qualität die Beschäftigung hat. Personen, die lediglich einer geringfügigen Tätigkeit (Minijob) nachgehen, zählen zwar als erwerbstätig, aber nicht als sozialversichert. Frauen waren 2021 1,5-mal häufiger geringfügig beschäftigt als Männer (Pfahl et al. 2023a).

/// Geschlechtsbezogene Arbeitsmarktanalysen machen geschlechtsspezifische Unterschiede und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt sichtbar. Ein Beispiel: Der Equal Pay Day markiert symbolisch den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen im Durchschnitt arbeiten müssen, um das zu verdienen, was Männer bis zum Ende des Vorjahres verdient haben. Für das Jahr 2024 markierte der 6. März diesen Tag, der die bestehende geschlechtsbezogene Einkommenslücke verdeutlicht. Die geschlechtsbezogene Einkommenslücke betrug demnach 18 Prozent.

/// Eine feministische Wirtschaftspolitik eröffnet einen umfassenden Blick auf die komplexen Dynamiken des

Arbeitsmarktes und hebt dabei die vielfältigen Herausforderungen hervor, denen Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise gegenüberstehen. Diese Perspektive erkennt an, dass Ungleichheiten nicht nur in den traditionellen Rollenverteilungen zwischen den Geschlechtern begründet liegen, sondern auch in den strukturellen Barrieren und sozialen Normen, die den Zugang zu Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und beruflicher Entwicklung beeinflussen.

AUSGEGLICHENES AUSSENWIRTSCHAFTLICHES GLEICHGEWICHT

/// Wirtschaftspolitik strebt ferner nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Importen und Exporten. Dies bedeutet, dass die Menge der Güter und Dienstleistungen, die ein Land einführt, im Einklang mit der Menge der Güter und Dienstleistungen stehen sollte, die es ausführt. Ein solcher Ausgleich ist von großer Bedeutung für die Stabilität der Handelsbilanz eines Landes, dessen wirtschaftliche Gesamtlage und Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt dadurch geprägt werden.

/// Der Außenhandel weist geschlechtsspezifische Aspekte auf, die sowohl die Partizipation von Frauen als auch die Auswirkungen des internationalen

Handels auf jene betreffen. Ein Beispiel für den ersten Aspekt: Der Frauenanteil in exportorientierten Branchen wie dem Fahrzeug- oder Maschinenbau und der chemischen Industrie betrug im Jahr 2021 lediglich zwischen 12 und 21 Prozent der Vollzeitbeschäftigten. Diese geringe Präsenz von Frauen verdeutlicht, dass sie möglicherweise weniger von den wirtschaftlichen Vorteilen einer exportorientierten Wirtschaftspolitik profitieren, insbesondere in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten und höhere Einkommen in diesen Bereichen.

/// Eine feministische Wirtschaftspolitik betrachtet den Außenhandel ganzheitlich und reflektiert die verschiedenen Facetten, die Importe und Exporte betreffen, und die sich in unterschiedlicher Weise auf Frauen und Männer auswirken. Diese Perspektive erkennt die geschlechtsspezifischen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt für Import- und Exportwaren an.

GERECHTE VERTEILUNGSPOLITIK

/// Verteilungsgerechtigkeit ist von grundlegender Bedeutung, um allen Mitgliedern einer Volkswirtschaft gleichen Zugang zu finanziellen, sozialen und infrastrukturellen Ressourcen zu ermöglichen. Doch ist die Realisierung von Verteilungsgerechtigkeit

nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch entscheidend für die Wirtschaftspolitik: Sie stärkt die Konsumnachfrage, sie setzt Anreize für alle in der Gesellschaft, sich an wirtschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen und ihre Fähigkeiten und Talente einzusetzen, was wiederum das langfristige Wirtschaftswachstum fördert. Insgesamt kann der Staat durch eine Kombination von (Umverteilungs-)Maßnahmen im Bereich der Steuer- und Transferpolitik sowie im Bereich der Infrastrukturpolitik die Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft verbessern und sicherstellen, dass sie möglichst allen Menschen zugutekommt.

/// Die Verteilungspolitik ist nicht unabhängig vom Geschlecht. Ein klassisches Beispiel dafür sind die Folgen der Steuerklassen im Lohnsteuersystem. Das Ehegattensplitting bedeutet nicht nur einen geringeren unterjährigen Nettolohn für den bzw. die Partner*in mit dem geringeren Einkommen (meist Frauen, siehe Gender Pay Gap bzw. geschlechtsbezogene Lohnlücke), sondern es führt auch zu einer Benachteiligung beim Transfersystem, genauer bei den Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosen-, Eltern- oder Krankengeld (Spangenberg et al. 2020: 19). Die Folgen einer geschlechtergerechten Steuer- und Transferpolitik sind teilweise wiederum ausschlaggebend

dafür, dass Frauen mehr unbezahlte Arbeit leisten als Männer. Wer mehr unbezahlte Arbeit leistet, verdient weniger und wählt in Paarhaushalten die Steuerklasse V. Aus diesem Zirkelschluss kann nur eine umfassende Steuerreform, weg vom Ehegattensplitting, hin zur Individualbesteuerung für alle führen. Dies stärkt nicht nur die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen, sondern kann auch in vielen Fällen vor Altersarmut bewahren.

/// Eine feministische Verteilungspolitik zielt auf eine geschlechtergerechte Verteilung der Ressourcen. Hierfür bedarf es der Umsetzung einer entsprechenden Umverteilungspolitik, die unbezahlte Sorgearbeit und bezahlte Lohnarbeit gleichermaßen berücksichtigt. Zudem müssen Zugangsbarrieren zu sozialstaatlichen Leistungen abgebaut werden.

ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT

/// Klimapolitische Themen werden in dieser Expertise nicht näher beleuchtet, da sie aktuell bereits im Rahmen des Vierten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung genauer untersucht werden.

Grundsätzlich sind nur vier der angestrebten Ziele gesellschaftspolitisch verankert:

- 1) Moderates Wirtschaftswachstum wird angestrebt, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu halten oder gar zu verbessern.
- 2) Vollbeschäftigung ist entscheidend in einer Gesellschaft, in der sowohl das Einkommen als auch der soziale Status stark von der Integration in den Arbeitsmarkt abhängen.
- 3) Verteilungsgerechtigkeit soll dazu beitragen, Armut und große Einkommensunterschiede zu verhindern und diese in Einklang mit den Gerechtigkeitsvorstellungen einer Gesellschaft zu bringen.
- 4) Das ökologische Argument einer feministischen Wirtschaftspolitik beruht nicht nur auf der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen und der Realisierung von Generationengerechtigkeit, wie sie 2021 vom Bundesverfassungsgericht angemahnt wurde (BVerfG 2021). Es geht auch um die sogenannte intragenerationale Verantwortung: Menschen im Globalen Süden, aber auch arme, kranke oder alte Menschen in Deutschland können sich nicht im gleichen Maße gegen die Folgen des Klimawandels schützen wie privilegierte Menschen. Im Gegensatz dazu haben 5) Preisstabilität und eine 6) ausgeglichene Zahlungsbilanz überwiegend einen instrumentellen Charakter. Sie sollen dazu beitragen, dass der Wirtschaftsprozess sowohl im Inland als auch im Ausland möglichst reibungslos und kontinuierlich verläuft (Rothschild 2010).

FEMINISTISCHE FISKALPOLITIK



GLEICHSTELLUNG ALS WACHSTUMSFAKTOR ANERKENNEN

EINE KLASSISCHE EINORDNUNG

Die Ausgaben- und Einnahmenpolitik des Staates, auch Fiskalpolitik genannt, ist die Summe der verschiedenen Maßnahmen, die der Staat für seinen jährlichen Haushalt verausgabt und etwa durch Besteuerung wieder einnimmt: Mittels der sogenannten Konjunkturpolitik können kurzfristige Anreize gesetzt werden, um mögliche Wirtschaftseinbußen (wie z.B. in der Finanz- und Wirtschaftskrise oder der Corona Pandemie) abzufedern, indem etwa die Beschäftigung durch zielgerichtete Maßnahmen stabilisiert wird. Langfristig angelegte Fiskalpolitik wiederum versteht sich eher als Innovations- oder Wachstumspolitik. Dabei geht es um staatliche Investitionsförderungen (z.B. den Ausbau erneuerbarer Energien, das Schaffen grüner Arbeitsplätze), Technologiepolitik (z.B. die Förderung von Startups), oder die Qualitätssteigerung in der Bildungspolitik (z.B. finanzielle Unterstützung für Auszubildende oder Studierende).

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das Maß für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Periode (z.B. einem

Kalenderjahr). Das BIP trifft dabei keine Aussage darüber, ob die produzierten Güter oder angebotenen Dienstleistungen positive oder negative Auswirkungen aus sozialer, ökologischer oder gar gleichstellungspolitischer Perspektive haben. Ein Beispiel: Beschäftigt ein*e vollzeiterwerbstätige*r Arbeitnehmer*in eine Haushaltshilfe geringfügig, so wird die Arbeit beider Personen, also die der Vollzeitkraft und die der geringfügig beschäftigten Person, in die gesamtwirtschaftliche Rechnung des BIP mit aufgenommen. Entschließen sich die beiden Personen zu heiraten und das geringfügige Beschäftigungsverhältnis der Haushaltshilfe im gemeinsamen Haushalt aufzulösen, bleibt die Arbeit der beiden dieselbe. Doch da nun die Haushaltshilfe nicht mehr für die geleistete Arbeit entlohnt wird, wird nur noch die Arbeit der Vollzeitkraft ins BIP mit eingerechnet. Die tatsächliche wirtschaftliche Gesamtleistung wird mit der Methode des BIP also unterschätzt, weil unbezahlte Arbeit, die bis heute vor allem von Frauen geleistet wird, generell nicht berücksichtigt wird. Das ist wirtschaftspolitisch durchaus bedeutsam, da die gesamtwirtschaftliche Leistung in Form des BIP häufig die politische Diskussionsgrundlage für die Ausgaben- und Einnahmenpolitik des Staates bildet.

EINE FEMINISTISCHE EINORDNUNG

Die Integration feministischer Prinzipien in die Wirtschafts- und Fiskalpolitik ist ein wichtiger Schritt, um langfristiges Wachstum und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten (Mader/Achleitner 2023).

BIP-LÜCKE

Im Jahreswirtschaftsbericht 2022 der Bundesregierung wurde erstmals ein neues Kapitel zur Wohlfahrtsmessung eingeführt, was darauf abzielt, herkömmliche wirtschaftliche Kennzahlen wie das Bruttoinlandsprodukt durch zusätzliche Indikatoren zu erweitern und einen umfassenderen Blick auf Wohlfahrt und Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Hierfür wurde eine Palette von über 30 Einzelindikatoren entwickelt, die nicht nur rein wirtschaftliche, sondern auch Elemente feministischer Wirtschaftspolitik, wie sozioökologische Aspekte der Wohlfahrt, verstärkt berücksichtigen. Geschlechtsbezogene Aspekte finden sich insbesondere in den Analysen zur Präsenz von Frauen in leitenden Positionen, Existenzgründungen von Frauen, Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern sowie Kinder in Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen (BMWK 2024). Das BIP schließt jedoch insbesondere auch unbezahlte Arbeit aus. Hier vor allem die unbezahlte Sorgearbeit, wie beispielsweise Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeiten wie Bügeln oder Putzen, die größtenteils von

Frauen in der Familie oder auf Haushalts- und Nachbarschaftsebene geleistet wird. Dies liegt daran, dass das BIP auf dem Wert von Transaktionen basiert, die auf Märkten stattfinden und unbezahlte Sorgearbeit nicht auf dem Markt gehandelt wird. Aus aktuellen Daten der Zeitverwendungserhebung (ZVE) ist ersichtlich, dass Frauen wöchentlich neun Stunden mehr unbezahlte Sorgearbeit leisten als Männer (Statistisches Bundesamt 2024a). Außerdem geht aus der aktuellen Erhebung hervor, dass Eltern – Männer wie Frauen – wöchentlich elf Stunden mehr arbeiten (bezahlt und unbezahlt) als Menschen ohne Kinder. Der Ausschluss von unbezahlter Sorgearbeit aus dem BIP führt dazu, dass die Bedeutung unbezahlter Sorgearbeit für die Gesamtwirtschaft unterschätzt und unsichtbar wird, obwohl die geleistete Reproduktionsarbeit die Grundlage für produktive Tätigkeiten ist (Haidinger/Knittler 2016), obwohl sie dazu beiträgt, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, indem sie die Bedürfnisse von Familienmitgliedern und der Gesellschaft insgesamt erfüllt. Unbezahlte Sorgearbeit ist unverzichtbar für den Arbeitsmarkt, denn ohne sie kann bezahlte Erwerbsarbeit grundsätzlich nicht erbracht werden. Auch wer keine Angehörigen versorgen muss oder möchte, muss (für sich selbst) einkaufen, putzen, sein Leben organisieren und soziale Kontakte pflegen.

Die Nichtberücksichtigung von unbezahlter Sorgearbeit im BIP führt zu einer Unterschätzung des tatsächlichen Werts

dieser Arbeit, und die Herausforderungen und Ungleichheiten, denen Menschen in sorgenden Rollen begegnen, werden nicht angemessen erfasst. Eine feministische Fiskalpolitik hingegen erkennt an, dass unbezahlte Sorgearbeit ein wesentlicher Wachstumsfaktor ist.

LÜCKE IN DER AUSGABENPOLITIK

Ein bedeutender Schritt hin zu einer feministischen Fiskalpolitik besteht in der Implementierung von Gender Budgeting. Dabei handelt es sich um eine Strategie, die Geschlechterperspektive in alle Phasen des öffentlichen Haushaltsplans zu integrieren. Damit soll sichergestellt werden, dass staatliche Ausgaben und Einnahmen politische Maßnahmen unterstützen, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern und geschlechtsspezifische Ungleichheiten abbauen. „Aus der Perspektive der feministischen Ökonomie ist von zentraler Bedeutung, welche Umverteilungswirkungen die einnahmen- und ausgabenseitigen Instrumente der Bundespolitik auf das Geschlechterverhältnis haben“ (Haidinger/Knittler 2016: 157). Gender Budgeting umfasst verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise die Identifizierung geschlechtsspezifischer Auswirkungen von Haushaltsentscheidungen, die Integration von Gleichstellungszielen in den Haushaltsprozess, die Förderung von geschlechtergerechten öffentlichen Ausgaben und die Schaffung von Mecha-

nismen zur Überwachung und Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Haushaltsmaßnahmen. Im Bereich Arbeitsmarkt- und Sportförderung (Kuhl/Frey 2019) lässt sich eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung ganz gut verdeutlichen. Mit Blick auf die Arbeitsmarktförderung machen die Autor*innen beispielsweise deutlich, weshalb langzeitarbeitslose Frauen (die meist unbezahlte Sorgearbeit übernehmen) andere Maßnahmen benötigen, um auf dem ersten Arbeitsmarkt (re-)integriert zu werden als langzeitarbeitslose Männer. Für eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung bedeutet das, nicht nur ob, sondern welche Maßnahmen fiskalpolitisch gefördert werden, um passende Weiterbildungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose zu etablieren. Ein weiteres interessantes Beispiel aus der Studie betrifft den Bereich der Sportförderung. Es wird darauf hingewiesen, dass mehr Männer als Frauen in Vereinen Sport treiben, da diese Sportarten anbieten, die besonders Männer und Jungen ansprechen. Die Förderung des Vereinssports erfolgt oft durch öffentliche Finanzmittel für die Sportstätteninfrastruktur. Um die öffentliche Sportförderung geschlechtergerechter zu gestalten, könnten beispielsweise Richtlinien zur Förderpolitik eingeführt werden, die systematisch die Aspekte der Geschlechter- und Chancengerechtigkeit berücksichtigen. Dazu könnte das Sportangebot vielfältiger gestaltet werden und Vereinsportzeiten so gelegt werden, dass sie z.B. mit Betreuungs- und Pflegezeiten kompatibel sind.

LÜCKE IN DER GRÜNDUNGSFÖRDERUNG

Unternehmensgründungen werden häufig als treibende Kraft für wirtschaftliches Wachstum betrachtet. Bisherige Erkenntnisse deuten darauf hin, dass selbstständige Frauen tendenziell eher in Dienstleistungssektoren sowie in traditionell weiblich geprägten Bereichen wie Bildung und Gesundheit tätig sind, die oft geringere Einkommen erzielen. Im Gegensatz dazu sind männliche Selbstständige häufiger in Branchen anzutreffen, die bessere Einkommenschancen bieten, wie beispielsweise im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) (Trenkmann 2017). Die Geschlechterperspektive bei Unternehmensgründungen wird weiter unterstrichen durch die Zahlen des Jahres 2019, die insgesamt einen Gründerinnenanteil von 35,5 Prozent zeigen (Metzger 2020). Im Vergleich dazu liegt der Anteil der Frauen, die beispielsweise in der Hightech-Branche gründen, bei lediglich fünf Prozent (Michler 2016). Auch bei Start-up-Gründungen sind Frauen mit knapp 20 Prozent deutlich unterrepräsentiert (Female Founders Monitor 2022).

Die Herausforderung bei der Erfassung dieser Daten liegt oft darin, dass der Innovationsbegriff im wirtschaftspolitischen Kontext häufig ausschließlich technologisch orientiert ist. Dadurch werden Start-ups, die sich im Bereich soziotechnischer Innovationen engagieren, oft übersehen. Während üblicherweise Umsatz- und Beschäfti-

gungswachstum als primäre Ziele definiert werden, bleiben sozio-ökologische Ziele oft unbeachtet. Typischerweise konzentrieren sich Start-ups von Frauen-Teams auf Branchen mit sozialem Fokus, insbesondere im Bereich Medizin und Bildung (Female Founders Monitor 2022).

Eine feministische Fiskalpolitik setzt sich dafür ein, das Arbeits- und Fachkräftepotenzial aber auch das Innovationspotenzial von Frauen voll auszuschöpfen. Dies kann für Wachstums- bzw. Konjunkturpolitik bedeuten, dass sowohl (technische und soziale) Innovationen als auch vielfältige Unternehmensgründungen mit den unterschiedlichen Geschäftsmodellen gezielt gefördert werden. Die Empfehlungen der Sachverständigenkommission für den Dritten Gleichstellungsbericht (BMFSFJ 2021) betonen in diesem Kontext die Notwendigkeit geschlechtergerechter öffentlicher Förderprogramme, die auch Quotenregelungen für die Mittelvergabe umfassen können. Des Weiteren ist es wichtig, dass Mitarbeiter*innen der Förderprogramme in Genderkompetenz geschult und die entsprechenden Entscheidungsgremien paritätisch besetzt werden. Zudem sollte sichergestellt werden, dass gemeinwohlorientierte Initiativen systematisch in die Gestaltung der Programme einbezogen werden. Eine feministische Wachstumspolitik erkennt die Vielfalt der Gründer*innen und Gründungen an, indem sie einen Innovationsbegriff entwickelt und stärkt, der nicht nur digitale, sondern auch sozio-ökologische Herausforderungen berücksichtigt.

LÜCKE IN DER SPARPOLITIK

In wirtschaftlich herausfordernden Zeiten, wie beispielsweise während der Finanzkrise von 2008/2009 oder infolge der Energieknappheit aufgrund des aktuellen Kriegs, den Russland gegen die Ukraine führt, entstehen oft zunächst erhebliche Ausgaben der öffentlichen Hand bei der Bewältigung der Krise. Diese Ausgaben können verschiedene Formen annehmen, wie beispielsweise staatliche Konjunkturprogramme, finanzielle Unterstützung für betroffene Branchen oder direkte Hilfsmaßnahmen für Bürger*innen. Nach der ersten Phase der Krisenbewältigung treten häufig Sparmaßnahmen in den Vordergrund, um den öffentlichen Haushalt wieder zu konsolidieren. Diese können dazu dienen, die durch die Krise verursachten Haushaltsdefizite auszugleichen, die Staatsausgaben zu reduzieren oder die Verschuldung zu kontrollieren. Einsparungen oder verringerte Haushaltszuwächse können unterschiedliche Bereiche betreffen. Oft sind es die öffentlichen Dienstleistungen, Sozialleistungen, Investitionen in Infrastrukturprojekte oder auch das Bildungs- und Gesundheitswesen.

Vor allem Einsparungen im familien- und gleichstellungspolitischen Bereich haben geschlechtsbezogene Auswirkungen, da Männer und Frauen unterschiedlich von sozial- oder wohlfahrtsstaatlichen Leistungen abhängig sind. Bereits in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich gezeigt, dass die Sparpolitik im Bereich der

öffentlichen Infrastrukturen wie etwa die öffentliche Gesundheitsversorgung vor allem Frauen betrifft. Denn sie sind diejenigen, die die schlechtere Gesundheitsversorgung privat auffangen, indem sie unbezahlt z.B. die Pflege von Angehörigen übernehmen.

Eine feministische Fiskalpolitik setzt sich dafür ein, Sparpolitiken daraufhin zu analysieren, ob die entsprechenden Kürzungen Frauen im Allgemeinen und vulnerable Gruppen wie beispielsweise Eltern, Alleinerziehende, Pflegende oder Menschen mit geringem Einkommen stärker belasten als andere Gruppen. Zudem setzt sie sich für alternative Lösungsansätze ein, die solche Auswirkungen vermeiden. Entsprechend fordert eine feministische Fiskalpolitik eine Überprüfung und Neubewertung von Sparmaßnahmen, um sicherzustellen, dass sie nicht zu einer weiteren Benachteiligung führen. Stattdessen sollten politische Entscheidungen darauf abzielen, eine gerechte Verteilung von Ressourcen sicherzustellen und die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen angemessen zu berücksichtigen, um eine inklusive und gerechte Gesellschaft zu schaffen. Übermäßige Kürzungen bei Sozialprogrammen oder bei sozialen Leistungen, die der Geschlechterungleichheit auf Haushaltsebene entgegenwirken können und die Teilhabe oder das Empowerment von Menschen direkt verbessern, sind vor allem für armutsbetroffene Menschen und insbesondere für Frauen und Mädchen schädlich (Çağatay 2003: 19).

EXKURS: ANDERES WIRTSCHAFTEN

Langfristig gesehen geht es bei feministischer Fiskalpolitik nicht nur um die kurzfristige Stabilisierung der Wirtschaft, sondern auch um eine (sozial wie ökologisch) nachhaltige Wachstumspolitik. Dies erfordert Investitionen in Bereichen wie Bildung, Technologie und Infrastruktur, die Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommen und somit das gesamte Wirtschaftswachstum vorantreiben bzw. wirtschaftlichen Wohlstand ermöglichen. Ob wirtschaftlicher Wohlstand allein durch wirtschaftliches Wachstum zu erreichen ist, ist jedoch diskussionswürdig. Zu viele alternative wirtschaftspolitische Konzepte stehen bereits zur Verfügung: Seien es Ideen dazu, mittels eines sogenannten Satellitensystems auch die unbezahlte Sorgearbeit jährlich zu erfassen und damit sichtbar zu machen wie es die Schweiz praktiziert, oder Ideen der wirtschaftlichen Suffizienz, die ein ressourcenintensives Wachstumsparadigma ersetzen könnten, ferner Konzepte des vorsorgenden Wirtschaftens, die auf die Verschränkungen von Klima- und Geschlechtergerechtigkeit verweisen und dabei versorgungswirtschaftliche Fragestellungen (wie Sorgearbeit oder Nachhaltigkeit) fokussieren. In Deutschland wird aktuell sowohl von Industrievertreter*innen wie z.B. der Chemiebranche (Chemie³ 2022) als auch von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (Deutscher Frauenrat 2023)

die sogenannte Kreislaufwirtschaft (circular economy) diskutiert. Dabei ist noch offen, ob und welche Überschneidungen die Definitionen nachhaltigen oder kreislaufförmigen Wirtschaftens bei den verschiedenen Akteur*innen zu finden sind. Während eine feministische Perspektive unbezahlte Sorgearbeit in den Kreislauf des Wirtschaftens miteinschließt, ist fraglich, ob die klassische Wirtschaftspolitik dies ähnlich definieren würden. Festzuhalten ist allerdings, dass durch feministische Fiskalpolitik und integrale Wirtschaftsplanung, Volkswirtschaften effizienter (ressourcenschonender), widerstandsfähiger (resilienter) und inklusiver (partizipativer) werden können (Mellor 2016).



EINE FEMINISTISCHE FISKALPOLITIK...

- /// entwickelt geschlechtergerechte Förderprogramme: Öffentliche Förderprogramme sollten beispielsweise Gleichstellung als Vergabekriterium verankern (Deutscher Gewerkschaftsbund 2024) oder Quotenregelungen für die Mittelvergabe und Schulungen für Mitarbeiter*innen in Genderkompetenzen beinhalten.
- /// besetzt Entscheidungsgremien paritätisch: Es sollte darauf geachtet werden, dass die Entscheidungsgremien der Förderprogramme paritätisch besetzt sind, um eine ausgewogene Entscheidungsfindung sicherzustellen. Das Arbeits- und Fachkräftepotenzial von Frauen sollte durch gezielte Förderung geschlechtergerechter Unternehmensgründungen und die Schaffung eines unterstützenden wirtschaftlichen Umfelds voll ausgeschöpft werden.
- /// setzt bereits vorliegende Konzepte zum Gender Budgeting um: Gezielte Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung sollten angewandt und das Potenzial der gesamten Bevölkerung nutzbar gemacht werden – insbesondere in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten.
- /// erkennt das Ganze der Arbeit an: Die Integration und Anerkennung unbezahlter Sorgearbeit sollte in gesamtwirtschaftlichen Berechnungen berücksichtigt werden, damit Politiker*innen eine faire und damit geschlechtergerechte Einnahmen- und Ausgabenpolitik gestalten können.
- /// berücksichtigt sozio-ökologische Innovationen: Es sollten Anreize geschaffen werden, um Unternehmensgründungen zu fördern, die sich mit sozio-ökologischen Innovationen beschäftigen, und nicht nur solche, die rein technologisch orientiert sind.

FEMINISTISCHE GELDPOLITIK



DATENLÜCKEN SCHLIESSEN

EINE KLASSISCHE EINORDNUNG

Geldpolitik umfasst verschiedene Ebenen der Politikgestaltung. Erstens sind Zentralbanken und Geschäftsbanken wichtige Akteure bei der Umsetzung von Geldpolitik. Zweitens schließt Geldpolitik nachgelagerte Institutionen wie z.B. (private) Investor*innen mit ein. Drittens basiert eine erfolgreiche Geldpolitik darauf, dass das Finanzwissen (auf individueller Ebene z.B. für Konsument*innen oder Anleger*innen) breit zugänglich und verständlich ist.

Geldpolitik ist im europäischen Kontext seit 1999 (mit der Einführung der gemeinsamen Währung) nicht mehr nur auf nationaler Ebene, sondern supranational verankert. Geldpolitik bezeichnet die Strategien und Maßnahmen, die von Zentralbanken und nachgelagert von anderen geldpolitischen Institutionen ausgehen, um die Geldmenge und die Kreditbedingungen in einer Volkswirtschaft zu steuern. Dazu setzt sie verschiedene Instrumente wie die Festlegung von Leitzinsen, den An- und Verkauf von Wertpapieren auf dem Finanzmarkt (Offenmarktoperationen), die Mindestreserveanforderungen für Banken und gegebenenfalls auch Deviseninterventionen ein. Durch diese Maßnahmen versucht die

Geldpolitik, ihre Ziele zu erreichen: Preisniveaustabilität und die Unterstützung der Wirtschaftsziele der Regierung, wie beispielsweise die Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Für die Gesellschaft hat Preisniveaustabilität mehrere wichtige Auswirkungen: Wenn die Preisniveau stabil ist, bleibt die Kaufkraft der Menschen unverändert, und sie können ihre Bedürfnisse und Wünsche in Abhängigkeit ihres Einkommens befriedigen. Dies trägt auch dazu bei, dass Gefühl der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu stärken.

EINE FEMINISTISCHE EINORDNUNG

Feministische Geldpolitik untersucht, wie Geldpolitik die Geschlechterungleichheiten in der Wirtschaft beeinflusst und wie sie gezielt eingesetzt werden kann, um die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Dabei geht es nicht nur darum, wie Geld ausgegeben wird, sondern auch darum, wie es entsteht, wer von den geldpolitischen Maßnahmen profitiert und wer benachteiligt ist. Insgesamt besteht ein dringender Bedarf an einer umfassenderen Datenbasis, die geschlechtsspezifische Aspekte der Geldpolitik insgesamt berücksichtigt und so den geldpolitischen Gender Data Gap (Datenlücke) über-

windet. Der Gender Data Gap im Bereich der Geldpolitik bezieht sich auf das Fehlen oder die Unvollständigkeit von Daten, die geschlechtsspezifische Unterschiede und Auswirkungen auf die Geldpolitik dokumentieren. Dieser Mangel an geschlechtsspezifischen Daten kann dazu führen, dass geldpolitische Entscheidungen und Maßnahmen die unterschiedlichen Bedürfnisse und Auswirkungen auf Frauen und Männer zu wenig berücksichtigen. Die Überwindung dieses Gender Data Gaps ist daher entscheidend, um eine feministische Geldpolitik zu gestalten.

INVESTITIONSLÜCKE

Die feministische Geldpolitik und -theorie (Knittler 2017) liefert Hinweise dafür, wie geldpolitische Maßnahmen nicht nur geschlechtsneutral konzipiert werden, sondern aktiv zur Förderung der Geschlechtergleichstellung beitragen können. Denn die narrative Einbettung (das Framing) von Geld – ob als Tauschmittel für Marktprozesse oder als Investitionsmittel für Infrastrukturprojekte – ist ausdrücklich politisch. Mit der Art und Weise, wie Zentralbanken die Geldmenge erhöhen oder reduzieren, sind Entscheidungen verknüpft wie Geld überhaupt verteilt oder ausgegeben wird. Deshalb ist es wichtig, über die Auswirkungen von geldpolitischen Instrumenten zu sprechen (Knittler 2017). Mary Mellor (2016) argumentiert, dass Geldpolitik nicht nur die Geldmengensteuerung betreffen sollte, sondern auch soziale Aufgaben erfüllen müsste. Sie schlägt vor,

dass Zentralbanken „öffentliches Geld“ (public money) zur Verfügung stellen sollten, um wichtige Infrastrukturprojekte zu finanzieren, ohne dabei Schulden zu machen. Entsprechende Investitionsprojekte könnten dazu beitragen, dass zukünftige Generationen ebenfalls davon profitieren, ohne die finanziellen Belastungen zu erben. Ein Fokus kann dabei auf Bereiche wie Bildung und Gesundheitsversorgung gelegt werden. Wenn öffentliche Infrastrukturen in diesen Bereichen gut ausgestattet und nachhaltig finanziert sind, dann entlastet dies alle Menschen, aber vor allem diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit leisten – also Frauen und Mädchen. Ähnliche Ideen werden auch in Ansätzen der sogenannten Modern-Money-Theory formuliert: „Geld- und Fiskalpolitik verschmelzen, und beide werden zu einem Instrument der makroökonomischen Stabilisierung. Steuern werden – entgegen vorherrschenden Vorstellungen – nicht erhoben, um staatliche Ausgaben finanzieren zu können, sondern umgekehrt: über staatliche Ausgaben wird Geld, das von der Zentralbank bereitgestellt wird, geschaffen und in den Wirtschaftskreislauf gespeist“ (Knittler 2017: 59f). Feministische Geldpolitik fokussiert demnach auf die Art der Geldschöpfung der Zentralbanken und auf die wirtschaftspolitisch gestaltende Funktion von Geld.

INFLATIONSLÜCKE

Insbesondere die unterschiedliche geschlechtsbezogene Kaufkraft von Frauen und Männern sowie die jeweils spezi-

fischen Ausgabenmuster (z.B. Wohnen, Lebensmittel oder Getränke und Tabakwaren) verschiedener Bevölkerungsgruppen, werden von der feministischen Geldpolitik thematisiert und kritisch hinterfragt (Six/Witzani-Haim 2023). Die aktuelle Wirtschaftspolitik ignoriert geschlechtsbezogene Ungleichverhältnisse oder berücksichtigt diese unzureichend. Für die Inflationserwartungen, die durch die Europäische Zentralbank erhoben werden, wird deutlich, dass Frauen etwa einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben und deshalb auf der individuellen Ebene anders von steigenden Lebensmittelpreisen betroffen sind als Männer (Di Nino et al. 2022). Vor allem untere Einkommensgruppen sind von inflationsbedingten Teuerungen alltäglicher Gebrauchsgüter wie Lebensmittel besonders stark betroffen. Um die geschlechtsbezogenen Auswirkungen von Teuerungen auszugleichen, ist es im ersten Schritt notwendig, die geschlechtsbezogenen Inflationseffekte systematisch und intersektional zu erheben. Aktuell werden z.B. Konsumausgaben in Deutschland nur auf Haushaltsebene erfasst; eine Aufschlüsselung nach einzelnen Personen oder gar nach Geschlecht ist nicht vorhanden (Statistisches Bundesamt 2023a). Diesen Gender Data Gap gilt es zu schließen und geschlechtsbezogene Aspekte in die geldpolitische Entscheidungsfindung einzubeziehen sowie staatliche Mechanismen einzubauen, die geschlechtsbezogene Ungleichheiten

auffangen. Zudem haben die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Bezug auf den Inflationsausgleich geschlechtsbezogene Auswirkungen: Von der sogenannten Inflationsprämie können in Deutschland Arbeitnehmer*innen profitieren, wenn ihnen ihre Arbeitgeber*innen – noch bis Ende 2024 – bis zu 3.000 Euro Inflationsausgleich ausbezahlen. Allerdings ist diese Leistung durch die Arbeitgeber*innen freiwillig. Das bedeutet, dass der Inflationsausgleich nicht alle Menschen gleichermaßen erreicht. Es profitieren diejenigen, die bezahlte Erwerbsarbeit haben. Im öffentlichen Dienst etwa bekommen Beschäftigte die Prämie anteilig zu ihrer Arbeitszeit (z.B. Teilzeit, Elternzeit) ausgezahlt. „Teilzeiterwerbstätigkeit ist dabei ein überwiegend weibliches Phänomen [...]. [D]ie Teilzeitquote von Frauen [lag, H.V.] in Westdeutschland mit 25 Prozent jedoch schon zu Beginn der 1990er Jahre deutlich höher und ist bis 2017 auf knapp 40 Prozent aller erwerbsfähigen Frauen gestiegen“ (Gallego Granados et al. 2019: 846). Mit Blick auf die hohen Teilzeitquoten von Frauen, sind v.a. Arbeitnehmerinnen von dieser anteiligen Auszahlung betroffen, sie bekommen absolut weniger und das, obwohl die (gestiegenen) Kosten für alle Personen dieselben sind.²

² Zum Hintergrund ist allerdings wichtig zu wissen, dass sich Gewerkschaftsvertreter*innen in Tarifverhandlungen ausdrücklich dafür eingesetzt haben, die Inflationsausgleichsprämie allen Beschäftigten in voller Höhe zukommen zu lassen, sich aber mit dieser Forderung nicht durchsetzen konnten.

KAPITALLÜCKE

Ein weiterer wichtiger Bereich ist der geschlechtergerechte Zugang zum Kapitalmarkt im Allgemeinen, insbesondere aber auch im Hinblick auf die Finanzierung von Geschäftsgründungen. Gegenwärtig stoßen Gründerinnen oft auf Hindernisse bei der Beschaffung von Fremdkapital für ihre Unternehmen. So erhalten Gründerinnenteams seltener Startkapital oder ein geringeres als männliche Teams (Pistilli et al. 2023). Diese Schwierigkeiten können verschiedene Ursachen haben, darunter ungleiche Vergabekriterien, Vorurteile gegenüber Unternehmensgründerinnen sowie eine Unterrepräsentanz von Frauen in traditionell von Männern dominierten Finanzkreisen (BMFSFJ 2021).

Eine feministische Geldpolitik setzt sich daher dafür ein, diese und weitere geschlechtsbezogene Barrieren abzubauen und den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für alle Geschlechter zu erleichtern.

Ein weiterer Punkt der Geldpolitik betrifft die Kreditwürdigkeit, also den Zugang zu Finanzmitteln, der nicht nur für Gründer*innen, sondern auch für Privatpersonen von Relevanz ist. Für die Vergabe von Krediten werden von Geschäftsbanken im ersten Schritt häufig sogenannte algorithmische Systeme zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit der potenziellen Kund*innen eingesetzt. Ein Algorithmus setzt sich aus verschiedenen Daten wie

Geschlecht, Alter, Wohnort, Einkommen oder Eigenkapital zusammen. Am Ende liefert das algorithmische System auf Basis dieser Daten eine Empfehlung. Diese Systeme können allerdings Geschlechterdiskriminierung verstärken und zu unfairen Entscheidungen führen (Kelly/Mirpourian 2021): Daten, die zur Entwicklung des Algorithmus verwendet werden, können bereits Geschlechterdiskriminierung in der Kreditvergabe widerspiegeln, wenn sie beispielsweise historische Muster oder Vorurteile abbilden. Zum Beispiel können Daten früherer Kreditentscheidungen auf geschlechtsspezifischen Vorurteilen basieren, wie die Annahme, dass Frauen ein höheres Ausfallrisiko haben als Männer, oder sie können Frauen mit geringerem Einkommen oder unzureichendem Eigenkapital in Verbindung bringen. Wenn diese (historischen) Daten ohne angemessene Analyse und Berücksichtigung von Geschlechterbias in den Algorithmus einfließen, können sie dazu führen, dass der Algorithmus Kreditentscheidungen trifft, bei denen Frauen systematisch benachteiligt oder ihnen höhere Zinssätze zugewiesen werden. Dies kann zu einem Teufelskreis führen, in dem bereits bestehende Ungleichheiten und Vorurteile im Kreditwesen verstärkt werden. Die Form der Diskriminierung, die bei der Sammlung und Gewichtung der Daten entsteht, ist oft im Endprodukt nicht erkennbar (BMFSFJ 2021). Es ist daher entscheidend, die Datenproblematik anzugehen und sicherzustellen, dass die Kreditbewertung

gerecht und transparent erfolgt, unabhängig vom Geschlecht der Kreditnehmer*innen.

WISSENSLÜCKE

Angesichts der niedrigen Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt ist vor dem Hintergrund der ökonomischen Absicherung ihr Zugang zum Finanzmarkt von größerer Bedeutung. Frauen haben aber oft weniger Zugang zu Finanzprodukten und -dienstleistungen, verdienen weniger und sparen weniger für den Ruhestand. Und oft geht diese Benachteiligung mit weniger Finanzwissen und -kompetenz im Vergleich zu Männern einher (Haupt/Yollu-Tok 2018). Die Ausstattung mit diesem Wissen bzw. dieser Kompetenz ist aber insbesondere bei Themen wie gesetzliche und private Altersvorsorge, Investitionen in Form von Anlagen wie ETF-Sparpläne oder Finanzierungsmöglichkeiten für den Erwerb von Eigentum relevant. Finanzwissen ist allgemein wenig verbreitet, allerdings betrifft diese Wissenslücke vor allem Frauen, da sie oft länger leben als Männer und daher einen anderen Sparbedarf haben; viele von ihnen werden einen Teil ihres Ruhestands als Witwe verbringen (Bucher-Koenen et al. 2017:

256). Es geht also darum, Frauen und Männern einen gleichberechtigten und damit besseren Zugang zu Finanzmärkten und Anlagemöglichkeiten zu ermöglichen. Durch besseres Finanzwissen und bessere -kompetenzen (z.B. bildungspolitisch) können die Zugangsmöglichkeiten verbessert werden. Das kann dazu beitragen, finanzielle Ungleichheiten zu verringern und insbesondere Frauen zu ermächtigen, ihre finanzielle Zukunft aktiv und weitestgehend ökonomisch unabhängig zu gestalten (Cabeza-García et al. 2019).

Angesichts des ungleichen Zugangs zu Finanzwissen und -kompetenzen empfiehlt sich aus Perspektive feministischer Geldpolitik, das Wissen darüber, wie sich Frauen zu Finanzfragen informieren, für gezielte Maßnahmen einzusetzen: Frauen nutzen eher informelle Quellen, Familien- und Freund*innenkreis für Finanzfragen (Bucher-Koenen et al. 2017: 277). Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ist für Frauen oft besonders herausfordernd, da neben Zeitmangel auch finanzielle Einschränkungen eine Rolle spielen, daher gilt es, Frauen mit zielgruppenspezifischen, bedarfsgerechten finanzpolitischen Bildungsangeboten zu adressieren.

EINE FEMINISTISCHE GELDPOLITIK...

- /// implementiert geschlechtergerechte Maßnahmen: Die Zentralbanken sowie Finanzpolitiker*innen sollten geldpolitische Maßnahmen gezielt so gestalten, dass sie aktiv zur Förderung der Geschlechtergleichstellung beitragen.
- /// stellt öffentliches Geld für infrastrukturelle Projekte bereit: Konkret könnte dies bedeuten, dass Zentralbanken und politische Entscheidungsträger*innen gezielt Maßnahmen ergreifen, um Geld bereitzustellen,

das direkt in Infrastrukturprojekte fließt. Diese Projekte könnten unter anderem öffentliche Verkehrsmittel, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Gesundheitsdienste umfassen, die besonders Frauen zugutekommen, da sie oft stärker von solchen Infrastrukturen abhängig sind. Ziel einer solchen Politik ist es, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten abzubauen und die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt und am öffentlichen Leben zu verbessern.

- /// analysiert geschlechtsspezifische Inflationseffekte: Es ist entscheidend, die geschlechtsbezogenen Auswirkungen von Inflationseffekten systematisch und intersektional zu erfassen – hier sind Politik und Wissenschaft gefragt.
- /// schließt den Gender Data Gap: Durch eine detailliertere Datenerhebung durch staatliche Akteure wie z.B. das statistische Bundesamt oder wissenschaftliche Forschungsprojekte können geschlechtsbezogene Aspekte in die geldpolitische Entscheidungsfindung besser integriert werden.

- /// fördert Finanzwissen und -kompetenz: Maßnahmen zur Verbreitung und Verbesserung von Finanzwissen und -kompetenz werden finanziell gefördert. Dafür werden gezielt auch alternative Bildungswege wie soziale Netzwerke genutzt.



FEMINISTISCHE ARBEITSMARKT- POLITIK



LEISTUNGSGERECHTIGKEIT SCHAFFEN

EINE KLASSISCHE EINORDNUNG

Vollbeschäftigung ist zweifellos eines der zentralen Ziele der Wirtschaftspolitik, da die Arbeitsmarktsituation von entscheidender Bedeutung für Wohlstand und Wohlfahrt einer Gesellschaft ist. Ein hoher Beschäftigungsgrad kommt grundsätzlich der gesamten Gesellschaft zugute, da er eine kontinuierliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aufrechterhält und zu einem stabilen Wirtschaftswachstum beiträgt. Auf individueller Ebene ermöglicht ein stabiles Einkommen den Menschen, ihre Bedürfnisse zu erfüllen. Es trägt zum Wohlstand bei, fördert aber auch das subjektive Wohlbefinden. Anders ausgedrückt trägt die gesellschaftliche Anerkennung, die durch Erwerbstätigkeit erlangt wird, neben dem Einkommen und der sozialen Sicherheit wesentlich zur sozialen Integration bei (Yollu-Tok/Sesselmeier 2012). Es ist wirtschaftspolitisch jedoch entscheidend, die Qualität der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen, statt Vollbeschäftigung nur als rein quantitative Größe zu betrachten. Ein wichtiges Qualitätssiegel ist die Art des Beschäftigungsverhältnisses: Normalarbeitsverhältnisse werden in diesem Kontext definiert als unbefristete Vollzeitbeschäftigungen, die eine vollstän-

dige Integration in die sozialen Sicherungssysteme ermöglichen und eine klare Identität zwischen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis sowie Weisungsgebundenheit der Arbeitnehmer*innen an die Arbeitgeber*innen aufweisen (Mückenberger 2010). Weichen Beschäftigungsverhältnisse von dieser Norm ab, gelten sie als atypisch: z.B. befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit. Diese Formen der Beschäftigung gehen oft mit einer geringeren sozialen Absicherung, einem niedrigeren Einkommen und einem höheren Armutsrisiko einher. Im Jahr 2021 verdienten zum Beispiel 90,5 Prozent der abhängig Beschäftigten in Minijobs in Ostdeutschland weniger als 12,73 Euro pro Stunde (die Niedriglohnschwelle), im Vergleich zu 81 Prozent in Westdeutschland. Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte verdienten im Jahr 2021 in Ostdeutschland 30,9 Prozent weniger als die Niedriglohnschwelle, im Vergleich zu 23 Prozent in Westdeutschland (Kalina 2024). Die Arbeitsmarktpolitik befasst sich mit den Maßnahmen, die von staatlichen Institutionen ergriffen werden, um die Dynamik auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt so zu lenken, dass nicht nur ein hoher Beschäftigungsstand erreicht wird, sondern auch ein Beschäftigungsstand, der ökonomische

Eigenständigkeit, soziale Sicherheit und soziale Integration ermöglicht (Hofmann et al. 2018).

Angesichts des demografischen Wandels ist es zudem von entscheidender Bedeutung, Strategien zu entwickeln, um den Bedarf an Arbeits- und Fachkräften zu decken und eine nachhaltige Arbeitsmarktsituation zu gewährleisten. In diesem Kontext ist die Fachkräftesicherung zu einem zentralen Anliegen der Wirtschaftspolitik geworden. Durch gezielte Maßnahmen und Programme soll sichergestellt werden, dass ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind, um den Bedarf der Wirtschaft zu decken und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

EINE FEMINISTISCHE EINORDNUNG

Im Rahmen der feministischen Arbeitsmarktpolitik werden geschlechtsbezogene Ergebnisse und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt analysiert und adressiert, wobei sie hierfür verschiedene Indikatoren heranzieht.

ERWERBSBETEILIGUNGSLÜCKE

Aktuelle Daten aus dem Jahr 2022 zeigen, dass 73 Prozent aller Frauen einer bezahlten Arbeit nachgehen, im Vergleich zu 80,5 Prozent bei Männern. Somit beträgt der Gender Employment Gap (Erwerbsbeteiligungslücke) im Jahr 2022 neun Prozent (Statistisches Bundesamt

2024b). In diesem Zusammenhang ist die „Stille Reserve“ relevant. Diese bezieht sich auf erwerbsfähige Menschen, die zwar momentan nicht aktiv auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind oder aktiv nach Arbeit suchen, jedoch dennoch den Wunsch nach Beschäftigung haben. Knapp 56 Prozent dieser stillen Reserve waren im Jahr 2021 Frauen. Über 60 Prozent von ihnen verfügten über eine mittlere oder hohe Qualifikation (Statistisches Bundesamt 2023c). Es zeigten sich deutliche Geschlechtsunterschiede hinsichtlich der Hauptgründe für die Inaktivität am Arbeitsmarkt: Etwa ein Drittel der Frauen im Alter von 25 bis 59 Jahren gab an, dass sie derzeit aufgrund von Betreuungspflichten keine Arbeit aufnehmen könnten. Im Gegensatz dazu nannten nur 5,6 Prozent der Männer in derselben Altersgruppe diesen Grund (Statistisches Bundesamt 2023c). Wenn gut qualifizierte Frauen aktiv am Arbeitsmarkt teilnehmen (können), kann ein beträchtliches Potenzial an Fachkräften mobilisiert werden. Dies zahlt nicht nur auf die Fachkräftesicherung insgesamt ein, sondern hat auch positive Auswirkungen auf Produktivität und Geschlechtergerechtigkeit.

LÜCKE IN DER ERWERBSARBEITSZEIT

Im Jahr 2023 betrug die durchschnittliche monatliche Erwerbsarbeitszeit von Männern 148 Stunden, während Frauen nur 121 Stunden bezahlt arbeiteten. Dies entspricht einer Differenz von

18 Prozent, die als Gender Hours Gap (Erwerbsarbeitszeitenlücke) bezeichnet wird (Statistisches Bundesamt 2024a, b). Dieser Unterschied spiegelt sich im höheren Anteil von Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs und Teilzeit wider. Diese Beschäftigungsformen sind oft mit niedrigeren Einkommen verbunden, wie die Daten zur Niedriglohnbeschäftigung für das Jahr 2021 zeigen: 25 Prozent (West) bzw. 28,3 Prozent (Ost) der abhängig Beschäftigten Frauen verdienten weniger als 12,73 Euro pro Stunde (die Niedriglohnschwelle) (Kalina 2024). Zusätzlich gehen diese Beschäftigungsverhältnisse mit einer unzureichenden bzw. geringeren sozialen Absicherung einher.

SORGEARBEITSLÜCKE

Die Diskrepanz in der Erwerbsbeteiligung und die Beschäftigungslücke haben beide ihre Ursprünge in der Betreuungslücke. Diese wird deutlich durch die vorwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Arbeit, insbesondere in Form von Sorgearbeit in Haushalt, Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen. So verbrachten im Jahr 2022 Männer pro Woche knapp 21 Stunden und Frauen knapp 30 Stunden mit unbezahlter Sorgearbeit. Der Gender Care Gap (Sorgearbeitslücke) liegt aktuell bei 44,3 Prozent (Statistisches Bundesamt 2024a). Die „Motherhood Lifetime Penalty“³ wird insbesondere in Bezug auf das Lebenserwerbseinkommen deutlich: Mütter

verdienen im Durchschnitt 62 Prozent (in Westdeutschland) bzw. 48 Prozent (in Ostdeutschland) weniger als Väter (Jahrgänge 1975-1985) (Bönke et al. 2020).

Unbezahlte Arbeit leistet einen beträchtlichen Beitrag zur Gesellschaft: Sie ermöglicht es anderen Familienmitgliedern, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, sie trägt zur Reproduktion der Arbeitskräfte bei, sie sorgt dafür, dass die nächste Generation heranwächst und die ältere Generation gepflegt wird – sie spielt eine bedeutende Rolle bei der Bewältigung der demografischen Herausforderung.

Die feministische Arbeitsmarktpolitik betont den Beitrag unbezahlter Arbeit für die Wirtschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig zeigt sie bestehende Lücken im Hinblick auf die Leistungsgerechtigkeit auf. Denn die Arbeit, die hauptsächlich von Frauen geleistet wird, wird nicht angemessen anerkannt oder entlohnt. Leistungsgerechtigkeit bezeichnet eine wirtschaftspolitisch normative Perspektive, die besagt, dass es gerecht ist, wenn individuelle Einkommen entsprechend der von den Einzelnen für die Gesellschaft erbrachten Leistung bemessen werden. In diesem Kontext ist es konsequent, alle Formen von Leistung zu berücksichtigen,

³ Die „Motherhood Lifetime Penalty“ bezeichnet die kumulierten negativen Auswirkungen, die Mutterschaft auf das gesamte Arbeitsleben einer Frau hat; einschließlich geringerer Löhne, verminderter Aufstiegschancen und insgesamt geringerer Karrierechancen im Vergleich zu kinderlosen Frauen und Männern.

einschließlich unbezahlter Sorgearbeit. Wenn es um die Wahrung von Leistungsgerechtigkeit geht, muss die unbezahlte Arbeit ökonomisch gewürdigt werden. Gleichzeitig müssen aber auch politische Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass unbezahlte Sorgearbeit geschlechtergerecht verteilt und in Teilen in formal und qualifiziert erbrachte Dienstleistungen überführt wird, z. B. in Tagespflege für Pflegebedürftige oder durch die Stärkung haushaltsnaher Dienstleistungen. Letzteres ist zudem ein weiterer Hebel für mehr arbeitsmarktpolitische Chancengleichheit. Durch die Umwandlung der bisher informellen unbezahlten Sorgearbeit in formale und bezahlte Sorgearbeit, werden neue (sozialversicherungspflichtige) Arbeitsplätze geschaffen; hierbei muss aber die Branchenlücke geschlossen werden.

BRANCHENLÜCKE

Der Arbeitsmarkt ist geschlechtsbezogen segregiert, dies stellt sich auf zwei Arten dar: Zum einen werden bestimmte Berufe oder Branchen von einem Geschlecht dominiert. Diese so genannten horizontal segregierten Arbeitsmärkte zeigen sich beispielsweise, wenn Frauen überproportional in Berufen wie Pflege und Erziehung beschäftigt sind, während Männer eher in technischen Berufen oder im Baugewerbe arbeiten. Zum anderen zeigt sich, dass Männer und Frauen in denselben Berufsfeldern unterschiedliche Positionen und Auf-

stiegsmöglichkeiten haben. Frauen sind in dieser sogenannten vertikalen Segregation überwiegend in niedriger entlohnten oder weniger prestigeträchtigen Positionen zu finden, während Männer die Führungs- oder besser bezahlten Positionen innehaben. Diese Formen der Geschlechtersegregation erklären nicht nur die Unterschiede im Erwerbseinkommen, sondern tragen auch zur Verfestigung von Geschlechterstereotypen bei und beschränken die Karrieremöglichkeiten von Frauen. Sie können auch unabhängig vom Geschlecht die Chancen beeinträchtigen, in Berufen tätig zu sein, die den Interessen und Fähigkeiten entsprechen, und somit die Gesamtwirtschaft belasten, indem sie das Potenzial der Arbeitskräfte nicht optimal ausschöpfen (Yollu-Tok/Rodríguez Garzón 2018).

EINKOMMENSÜCKE

Die genannten geschlechterbezogenen Lücken auf dem Arbeitsmarkt spiegeln sich letztlich im (Lebens-) Einkommen wider: Der Gender Lifetime Earnings Gap (Lebenseinkommenslücke) ist eine Kennzahl, die das Einkommen über den gesamten Erwerbsverlauf misst und geschlechtsbezogene Vergleiche ermöglicht. Es umfasst sämtliche Bruttoeinkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbsarbeit und ist von wesentlicher Bedeutung, um die Aktivität auf dem Arbeitsmarkt über den gesamten Lebensverlauf hinweg abzubil-

den, einschließlich Beschäftigungsdauer und -umfang sowie Vergütung. Laut Bönke et al. (2020) beträgt der Gender Lifetime Earnings Gap 45 Prozent in Westdeutschland und 40 Prozent in Ostdeutschland. Zur Verdeutlichung der Lohnlücke ist sicherlich der Gender Pay Gap als Indikator bekannter, er beschreibt den Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn von Frauen und Männern bezogen auf ein Jahr; so haben Frauen im Jahr 2023 in Deutschland pro Stunde durchschnittlich 18 Prozent weniger verdient als Männer (Statistisches Bundesamt 2024b). Zudem zeigt sich, dass trotz vergleichbarer Qualifikation Frauen im Verlauf ihrer Erwerbsbiografie immer noch deutlich weniger verdienen als Männer. Bis zum Geburtsjahrgang 1974 erzielten hochqualifizierte Frauen durchschnittlich nur so viel Erwerbseinkommen wie geringqualifi-

zierte Männer. Jüngere Frauen (Jahrgang 1975-1985) mit akademischer Ausbildung können zwar besser zu den Männern aufschließen und können zumindest mit einem ähnlichen Lebenserwerbseinkommen wie mittelqualifizierte Männer rechnen (Bönke et al. 2020).

Die feministische Arbeitsmarktpolitik stellt schon seit längerer Zeit eine zentrale Ungerechtigkeit in ihr Zentrum: Trotz vergleichbarer Qualifikationen und beruflicher Leistung verdienen Frauen nach wie vor weniger als Männer. Diese Diskrepanz steht im klaren Widerspruch zum grundlegenden Prinzip der bereits erwähnten Leistungsgerechtigkeit der Marktwirtschaft. Diese Ungleichheit hat weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft – nicht nur, weil sie das Potenzial und die Würdigung von Menschen in der Arbeitswelt untergräbt.

EINE FEMINISTISCHE ARBEITSMARKTPOLITIK...

/// schafft Rahmenbedingungen für eine partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit:

- Längerfristiger Ausbau der unübertragbaren Partnermonate beim Elterngeld.
- Familienarbeitszeit einführen: Beide Elternteile gehen in der Elternzeit einer reduzierten Vollzeiterwerbstätigkeit (80 bis 90 Prozent Vollzeitäquivalent) nach, erhalten hierfür bis zu 24 Monate eine pauschale Leistung („Familiengeld“).

/// setzt den quantitativen und qualitativen Ausbau einer Betreuungsinfrastruktur um:

- Stärkung der Kinderbetreuung für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr – auch in den Randzeiten, verlässliche, bedarfsgerechte Ganztagschulen.
- Höhere öffentliche Finanzierung sowie familienfreundliche gemischte Betreuungsarrangements für die Pflege von Angehörigen statt des Primats informeller Pflege.
- Entgeltersatzleistung für erwerbstätige Pflegende, die ihre Arbeitszeit (befristet) reduzieren.

/// sorgt für die geschlechtergerechte Gestaltung von Arbeitszeit und -ort:

- Förderung einer öffentlichen Debatte über die Vorstellungen von „Vollzeit“.
- Einführung eines Wahlarbeitszeitgesetzes (Pflicht zu betrieblichen Wahlarbeitszeitkonzepten, die mit Gleichstellungszielen verknüpft sind und das Recht auf Mitsprache von Arbeitszeitdauer und Arbeitszeitlege enthalten).

- Rechtsanspruch auf mobile Arbeit (Flankierung durch Freiwilligkeit, Arbeits- u. Gesundheitsschutz, Arbeitszeitschutz, Arbeitsplatzgestaltung oder Aufwenderersatz, Daten- u. Diskriminierungsschutz, Unfallversicherung).
- Flexible Zeitbudgets für Eltern minderjähriger Kinder und pflegende Angehörige: Optionsrechte für eine zweckgebundene Freistellung von der Erwerbsarbeit über die gesamte Erwerbsbiografie hinweg.
- Mehrwöchige Freistellung für Väter bzw. zweite Elternteile nach Geburt des Kindes.



FEMINISTISCHE AUSSENHANDELS- POLITIK



SIHTBARKEIT HERSTELLEN UND LÜCKEN SCHLIESSEN

EINE KLASSISCHE EINORDNUNG

Der Außenhandel ist eine der Schlüsselkomponenten im Prozess der Globalisierung, da er die weltweite Verflechtung von Volkswirtschaften fördert und zu einem immer stärker vernetzten und wechselseitig abhängigen, globalen Wirtschaftssystem beiträgt. Außenhandel bezeichnet den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen verschiedenen Ländern über nationale Grenzen hinweg. Er ist ein wesentlicher Bestandteil der globalen Wirtschaftstätigkeit und ermöglicht es Ländern, so das Konzept, ihre Ressourcen effizient zu nutzen, ihre Produktionskapazitäten zu erweitern und Zugang zu Gütern und Dienstleistungen zu erhalten, die sie selbst nicht oder nur zu höheren Kosten produzieren können. So entstehen globale Wertschöpfungsketten, d.h. Entwicklung, Produktion, Verkauf und Versand von Produkten können über nationale Grenzen hinweg erfolgen. Es handelt sich um Netzwerke von Unternehmen und Produktionsstätten sowie deren Beschäftigte, die weltweit miteinander verbunden sind, wobei idealerweise jedes Land seine spezifischen Vorteile, Ressourcen und Fachkenntnisse einbringt. Der Außenhandel umfasst

sowohl Exporte (Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen aus einem Land) als auch Importe (Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in ein Land). Durch den internationalen Handel können Länder ihre Wirtschaften diversifizieren, ihre Produktivität steigern und ihr Wirtschaftswachstum fördern (vgl. Kapitel 1).

EINE FEMINISTISCHE EINORDNUNG

Die Außenhandelspolitik ist ein Bereich, der das Leben aller Menschen weltweit tangiert und tiefgreifende Auswirkungen auf die Art und Weise hat, wie sie als ökonomische Akteur*innen in den Markt eingebunden sind. Eine feministische Außenhandelspolitik unterstreicht diese Bedeutung und plädiert dafür, dass der Außenhandel die Menschen- und Frauenrechte respektieren muss.

LÜCKEN IN DER AUSSENWIRTSCHAFTSLEHRE

Obwohl die Außenwirtschaftslehre ein wichtiges Instrument zur Analyse globaler wirtschaftlicher Interaktionen darstellt, offenbart sie erhebliche Defizite bei der Einbeziehung von Geschlechterperspektiven. Sie neigt dazu, geschlechts-

bezogene Ungleichheiten zu vernachlässigen, indem sie alle Individuen gleichbehandelt. Diese Gleichsetzung ignoriert jedoch die realen Unterschiede und Benachteiligungen, die Frauen und andere marginalisierte Gruppen in Wirtschaft und Handel erleben (vgl. Kapitel 1-5). Insbesondere durch die Aggregation von Daten und die Analyse auf Makroebene signalisiert sie eine vermeintliche Geschlechtsneutralität. Dabei blendet sie geschlechtsspezifische Dynamiken aus, die auf individueller und mikroökonomischer Ebene wirken, wie beispielsweise den untergeordneten ökonomischen Status von Frauen in all ihrer Vielfalt, sowohl bei der bezahlten als auch bei der unbezahlten Arbeit. Dies führt zu einer Verzerrung der Realität und einer unvollständigen Analyse der globalen wirtschaftlichen Dynamiken (vgl. dazu Sproll 2020). Die geschlechtsbezogene Lücke in der Außenhandelslehre manifestiert sich ebenso in der Umsetzung der realen Außenhandelspolitik. Trotz der zunehmenden Bedeutung des internationalen Handels für die globale Wirtschaft bleiben geschlechtsspezifische Aspekte nicht nur in den theoretischen Grundlagen, sondern auch in den praktischen Anwendungen der Außenhandelspolitik oft unberücksichtigt. Diese Unterlassung hat zur Folge, dass die potenziellen Auswirkungen von Handelsabkommen und -strategien auf Frauen und andere marginalisierte Gruppen nicht angemessen berücksichtigt werden. Eine feministische Perspektive in der

Außenhandelspolitik trägt dazu bei, diese Lücke zu schließen, indem sie die geschlechtsbezogenen Auswirkungen von Handelsmaßnahmen analysiert und politische Maßnahmen einfordert, die die Gleichstellung der Geschlechter fördert und Ungleichheiten abbaut.

LÜCKE IN DER EXPORTWIRTSCHAFT

Im Jahr 2023 verzeichneten deutsche Unternehmen erneut einen Exportüberschuss; sie exportierten Waren im Wert von 1.562,4 Milliarden Euro und importierten Waren im Wert von 1.352,8 Milliarden Euro (Statistisches Bundesamt 2024c). Die Rangfolge der wichtigsten Exportgüter bleibt unverändert, wobei Kraftwagen und Kraftwagen-teile weiterhin den ersten Platz einnehmen. Der Frauenanteil an den Beschäftigten der Automobilindustrie lag im Jahr 2021 aber lediglich bei 30 Prozent. Auf dem zweiten Platz der Exportgüter befinden sich Maschinenexporte, wobei der Frauenanteil an den Beschäftigten in der Branche Maschinenbau 2021 lediglich bei 17 Prozent lag. Die chemische Industrie belegt den dritten Platz bei den Exporten, wobei der Frauenanteil an den Beschäftigten in der Branche „Chemische Erzeugnisse“ im Jahre 2021 30 Prozent betrug (Pfahl et al. 2023b). Diese Zahlen legen nahe, dass Frauen in geringerem Maße von den Beschäftigungsmöglichkeiten, den Einkommenssteigerungen und anderen positiven

Auswirkungen profitieren, die mit der starken deutschen Exportwirtschaft verbunden sind.

LÜCKE IN DER INNOVATIONSTEILHABE

Die exportorientierten Branchen sind ein wichtiger Innovationstreiber für die deutsche Wirtschaft. Insbesondere in den Branchen mit einer hohen Exportrate ist die Innovationsintensität sehr ausgeprägt; sie wird definiert als der Anteil der Innovationsausgaben aller Unternehmen einer bestimmten Branche am Gesamtumsatz derselben. Im Jahr 2021 gehörten vor allem Fahrzeugbau, Maschinenbau und Chemieindustrie, zu den Top-10-Branchen mit der höchsten Innovationsintensität (ZEW 2022). Es ist aus feministischer Perspektive entscheidend, dass Frauen eine gleichberechtigte Rolle bei der Ausgestaltung von Innovations- und Technologiepolitik spielen, da dies ihre individuellen Chancen und Möglichkeiten beeinflusst: Eine geringe Beteiligung von Frauen in Bereichen, in denen technische Innovationen entwickelt werden, verstärkt geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt und kann zu einem weiteren Rückstand von Frauen in Bezug auf berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, Einkommen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt führen.

Der geringe Anteil von Frauen in technischen Innovationsbranchen, ist auch für die Branchen selbst nachteilig.

Die Untersuchungen von Peña (2016) zeigen, dass eine geringere Diversität bei der Entwicklung neuer Ideen und Lösungen zu einem Nachlassen der Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft führen kann: Wenn Frauen weniger Zugang zu den Bereichen der Innovation und Technologie haben, fehlen wichtige Impulse und Perspektiven; dies kann dazu führen, dass Volkswirtschaften innovative Möglichkeiten und Lösungen übersehen, die entscheidend für die Bewältigung aktueller Herausforderungen und die Förderung nachhaltigen Wachstums sind. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hebt diesen Zusammenhang vor allem auf Unternehmensebene hervor (International Labour Office. Bureau for Employers' Activities 2019) und verdeutlicht, dass ein verbesserter Zugang von Frauen für Unternehmen zahlreiche Vorteile mit sich bringt. Dazu gehören gesteigerte Produktivität, bessere Mitarbeiter*innen-gewinnung und -bindung sowie eine höhere Innovationskraft. Des Weiteren sind Unternehmen mit einem höheren Frauenanteil besser in der Lage, das Interesse und die Nachfrage der Verbraucher*innen einzuschätzen. Wenn Frauen hingegen einen beschränkten Zugang zu Bereichen haben, in denen Innovation und Technologie entwickelt werden, können wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse und Herausforderungen übersehen werden (Oudshoorn et al. 2004).

LÜCKE IN DER IMPORTWIRTSCHAFT

Zu den wichtigsten Importgütern in Deutschland zählen beispielsweise Kraftwagenteile. Im Jahre 2022 wurden Kraftwagenteile und Kraftwagen im Wert von rund 132,4 Milliarden Euro importiert – der größte Handelspartner bei den Importgütern ist hierbei China (Statistisches Bundesamt 2023d). Etwa ein Drittel der Beschäftigten in der Industrie im globalen Süden sind weiblich, wobei in Asien Frauen fast die Hälfte der Arbeitskräfte ausmachen (Barrientos et al. 2004). Trotz dieses bedeutenden Anteils in der Produktion sind diese Frauen im globalen Handeln nicht sichtbar. Freiwald und Kirschenmann (2021) führen dies auf zwei Hauptaspekte zurück: Zum einen auf geschlechtsbezogene Datenlücken, die wiederum auf unvollständige Angaben über die Präsenz von Frauen in den verschiedenen Produktionsprozessen zurückzuführen sind. Zum anderen leisten Frauen oft unbezahlte Arbeit, die statistisch nicht erfasst wird und daher nicht in den offiziellen Statistiken berücksichtigt wird. Infolgedessen wird fälschlicherweise angenommen, dass Frauen kaum oder gar nicht im Bereich des globalen Handels präsent sind.

Frauen sind in vielen Branchen, die Teil globaler Wertschöpfungsketten sind, wie Textil-, Elektronik- oder Agrarindustrie, häufig in prekären oder atypischen Beschäftigungsverhältnissen sowie in

informellen Sektoren tätig. Sie verdienen oft niedrige Löhne, arbeiten unter unsicheren Bedingungen (z.B. befristete Arbeitsverträge oder fehlender Arbeitsschutz) und haben möglicherweise keinen Zugang zu sozialen Sicherheitsnetzen (z.B. Anspruch auf Kranken- oder Arbeitslosengeld). Zudem können sie einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sein, insbesondere in Branchen wie der Landwirtschaft oder der Textilindustrie. Mangelnde Gesundheitsversorgung und Sicherheit am Arbeitsplatz können zu Verletzungen, Unfällen, Krankheiten und langfristigen Gesundheitsproblemen der Beschäftigten führen. Die Unterschiede zeigen sich auch hier in der geschlechtlichen Segregation des Arbeitsmarktes: Frauen dominieren hauptsächlich im weniger gut bezahlten Dienstleistungssektor und in den Zuliefernetzwerken, während Männer eher in Unternehmen beschäftigt sind, die direkt exportieren (OECD 2018). Darüber hinaus sind Frauen in Entscheidungsprozessen, die z.B. etwas an den Arbeitsbedingungen entlang der Wertschöpfungsketten ändern könnten, unterrepräsentiert. Dies führt dazu, dass ihre Bedürfnisse und Interessen nicht angemessen berücksichtigt werden und sie weniger Einfluss auf die Bedingungen haben, unter denen sie arbeiten (Freiwald/Kirschenmann 2021).

EINE INTERSEKTIONALE FEMINISTISCHE AUSSENHANDELSPOLITIK...

- /// strebt Geschlechterparität in exportorientierten Branchen an, damit Frauen gleiche Chancen und Zugang zu den wirtschaftlichen Vorteilen einer exportorientierten Politik haben.
- /// stellt die Diversität bei der Entwicklung neuer Ideen und Lösungen sicher; sie erkennt an, dass eine ausgewogene Beteiligung von Frauen an Innovationsprozessen entscheidend ist, um die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu stärken.
- /// macht die Repräsentanz von Frauen in globalen Lieferketten aus einer intersektionalen Perspektive sichtbar; sie schließt Datenlücken und stellt sicher, dass die Beteiligung von Frauen an allen Stufen der Lieferketten erfasst wird.
- /// verbessert die Arbeitsbedingungen und Rechte von Frauen in globalen Lieferketten, sie ergreift Maßnahmen, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Löhne, unsichere Arbeitsbedingungen und den Mangel an sozialen Sicherheitsnetzen für Frauen in Lieferketten zu überwinden.
- /// fördert die repräsentative Beteiligung von Frauen in Entscheidungsprozessen innerhalb der Lieferketten und stellt sicher, dass ihre Interessen angemessen vertreten werden.
- /// schafft Strukturen und Mechanismen, die sicherstellen, dass Menschen- und Frauenrechte geschützt und gefördert werden. Dazu gehört die Einrichtung eines Monitoringsystems, das die Auswirkungen von Handelsabkommen auf Frauen und ihre Rechte analysiert. Zusätzlich sollten Handelsabkommen gefördert werden, die geschlechtergerecht sind und dazu beitragen, Frauen in den betroffenen Gesellschaften zu stärken.



FEMINISTISCHE VERTEILUNGS- POLITIK



GESCHLECHTERGERECHTE SOZIALPOLITIK STÄRKEN

EINE KLASSISCHE EINORDNUNG

In Volkswirtschaften verrichten Menschen täglich Arbeit, bezahlt und unbezahlt. Die (monetären wie nicht-monetären) gesamtwirtschaftlichen Beiträge dieser Arbeit, sei es etwa durch Steuereinnahmen oder die (unbezahlte) Reproduktion von Arbeitskraft, fließen dann wiederum als Einnahmen in den Staatshaushalt ein. Wie seine Ausgabenpolitik gestaltet wird, obliegt dem Gestaltungsspielraum politischer Entscheidungsträger*innen. Im klassischen Verständnis der Verteilungspolitik geht es in erster Linie darum, wie Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft verteilt werden, wie zum Beispiel Sozialpolitik und Infrastrukturpolitik und Steuerpolitik zusammenwirken. Der eigentlichen Verteilungspolitik vorgelagert ist die sogenannte „primäre Verteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital“, die beispielsweise auf Umverteilungsprozesse zugunsten von Einkommen aus abhängiger Erwerbsarbeit abzielen kann (Boeckh et al. 2022: 471). Obwohl in Deutschland breiter und parteiübergreifender Konsens darüber besteht, dass soziale Sicherung ein zentraler Baustein und eine Errungenschaft unserer Wirtschaftsordnung ist und staatliches Handeln

erforderlich macht, sind verteilungspolitische Ziele dennoch durchaus verschieden. Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung werden (verteilungspolitische) Einnahmen und Ausgaben festgehalten und Zieldimensionen von Verteilungspolitik wie z.B. wirtschaftliche Stabilität oder Wettbewerbsfähigkeit definiert (BMWK 2024). Doch die Vorstellungen darüber, wie soziale Sicherung im Detail gelingt und welche Definitionen sozialer Gerechtigkeit zugrunde gelegt werden, sind durchaus unterschiedlich: „Umstritten ist, welche Rolle Chancengleichheit und Ergebnisgleichheit spielen, was genau unter sozialer Sicherung zu verstehen ist, welchen Umfang staatliche Umverteilungspolitiken haben sollen und welche Instrumente dafür eingesetzt und wie unerwünschte Nebenwirkungen politischer Programme und Eingriffe bewertet werden“ (Bach et al. 2021: 28). Diesen Überlegungen liegt ein (politisch) definiertes Verständnis von Fairness oder Gerechtigkeit zugrunde. Verteilungsgerechtigkeit als Zieldimension strebt eine angemessene Verteilung von Ressourcen, Chancen und Belastungen innerhalb einer Gesellschaft an. Soziale und ökonomische Ungleichheiten sollen mittels entsprechender wirtschaftspolitischer Maßnahmen abgebaut werden.

Es gibt verschiedene Konzepte und Theorien zur Verteilungsgerechtigkeit und damit unterschiedliche Ansätze, wie staatliche Sozialleistungen verteilt werden können:

/// Bedarfsgerechtigkeit:

Ressourcen werden nach den individuellen Bedürfnissen der Menschen verteilt. Menschen, die staatliche Sozialleistungen benötigen, bekommen diese entsprechend ihres formulierten Bedarfs.

/// Leistungsgerechtigkeit:

Ressourcen werden entsprechend der individuellen Leistung verteilt. Menschen, die etwas leisten, haben ihrer Leistung entsprechend Anspruch auf staatliche Sozialleistungen.

/// Beitragsgerechtigkeit:

Ressourcen werden basierend auf individuellen Beiträgen verteilt. Menschen, die Sozialabgaben leisten, haben entsprechend ihrer Beiträge Anspruch auf Sozialleistungen.

/// Chancengerechtigkeit:

Jede*r hat gleiche Chancen, ihre bzw. seine Fähigkeiten zu entfalten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diese Form der Gerechtigkeit zielt darauf ab, strukturelle Barrieren abzubauen und gleiche Startchancen für alle zu schaffen.

Wirtschaftswachstum und damit eine steigende Wirtschaftsleistung sind allerdings in vielen verteilungspolitischen Konzepten die Voraussetzung für eine bessere Verteilung von Ressourcen und damit für bessere Lebensbedingungen (für wen wird oft nicht näher spezifiziert) (vgl. Kapitel 1). Je nachdem, wie Verteilungsgerechtigkeit definiert wird, ändern sich auch die konkreten politischen Maßnahmen. Dass sozialstaatliche Umverteilungspolitik wie beispielsweise im Rahmen der öffentlichen Gesundheitsversorgung oder der Altersvorsorge notwendig ist, um soziale Ungleichheiten abzumildern und politisch definierte soziale Ziele wie z.B. die flächendeckende öffentliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen oder den Rückgang (häufig weiblicher) Altersarmut zu verhindern, ist in Deutschland unumstritten (Fuest et al. 2021). Umstritten allerdings sind Quantität und Qualität der Sozialpolitik.

EINE FEMINISTISCHE EINORDNUNG

Die fehlende Reflektion darüber, für wen (Wirtschafts-)Politik gemacht wird, wird aus feministischer Perspektive kritisiert. „Es ist nicht zuletzt die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Geschlechterverhältnisse gestaltet und verändert“ (Maier/Fiedler 2002: 7). Feministische Verteilungspolitik hat viele Bezüge, die in dieser Expertise thematisiert werden: Sei es die Lohnungleichheit und

die Einkommensverteilung, die chancen-gerechten Arbeitsmarktbedingungen und -integration (Kapitel 4) oder die (unbezahlte) Sorgearbeit (Kapitel 2 und 4), die immer noch vor allem von Frauen geleistet wird. All diese Themenfelder tangieren letztlich verteilungspolitische bzw. sozialpolitische Fragestellungen. Die Erkenntnis, dass insbesondere Verteilungsfragen und damit sozialpolitische Aspekte durchzogen von Geschlechter- und Ungleichverhältnissen sind, ist bereits mehr als 20 Jahre alt (siehe z.B. Maier/Fiedler 2002). Verteilungspolitische Ziele fokussieren insgesamt den Abbau struktureller Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, um eine Gesellschaft zu schaffen, in der Frauen und Männer gleiche Chancen und Rechte haben.

Aus aktuellen Studien zur Verteilungspolitik wie dem WSI-Verteilungsbericht 2023 wird deutlich, dass die sozio-ökonomischen Unterschiede in Deutschland verfestigt sind und die bildliche Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht. Der Gini-Koeffizient, der die Einkommensungleichheit anzeigt und sich zwischen Null (alle haben gleich viel Einkommen) und Eins (eine*r besitzt alles) bewegt, ist in den letzten Jahren, zuletzt während der Corona-Pandemie, wellenförmig angestiegen und lag 2022 bei 0,3 und damit nah am weltweiten Durchschnitt (Brülle/Spannagel 2023: 8). Dennoch gibt es verteilungspolitische Besonderheiten in Deutschland. „Reiche Menschen leben überwiegend in West-

deutschland und häufig in Paarhaushalten ohne Kinder. Sie haben meist Abitur und sind mehrheitlich unbefristet in Vollzeit beschäftigt“ (Brülle/Spannagel 2023: 10). Spiegelgleich ergibt sich, wer in Deutschland arm ist: „Unter den temporär Armen sind Frauen, Alleinerziehende sowie Personen unter 25 Jahren verglichen mit allen anderen Einkommensgruppen am häufigsten repräsentiert“ (ebd.). Basierend auf dem Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit verfolgt eine feministische Verteilungspolitik das Ziel, strukturelle Ungleichheiten wie etwa das Risiko aufgrund soziodemografischer Faktoren wie Geschlecht, Alter, Bildung oder Haushaltsform von (temporärer oder dauerhafter) Armut betroffen zu sein, abzubauen. Konkret bedeutet das, dass Gleichstellung als Leitprinzip in der Verteilungspolitik verankert sein muss, verteilungspolitische Maßnahmen und Ziele transparent und überprüfbar sein müssen und damit einem ähnlichen Prinzip folgen wie dem des Gender Budgetings (siehe Kapitel 2).

Mit der systematischen Integration von Geschlechterperspektiven in politische Maßnahmen, berücksichtigt eine feministische Verteilungspolitik die unterschiedlichen Lebensrealitäten, Bedürfnisse und Erfahrungen von Menschen. Sie integriert Geschlechterperspektiven in alle sozialpolitischen Maßnahmen und Programme und geht nicht von gleichen Voraussetzungen beim Zugang oder dem Anspruch auf staatliche

Leistungen aus Lohnersatzleistungen wie z.B. Kinderkrankengeld oder Arbeitslosengeld beziehen sich auf das Nettoeinkommen und sogenannte Normalarbeitsverhältnisse; Menschen in atypischen Arbeitsverhältnissen wie der geringfügigen Beschäftigung sind von solchen Verteilungsleistungen daher entweder ganz ausgeschlossen oder relativ benachteiligt.

Ein weiteres und viel diskutiertes Beispiel dafür, dass Verteilungspolitik Geschlechterpolitik ist, ist das Steuermodell, das dem Ehegattensplitting zugrunde liegt. Die „steuerliche Benachteiligung von der*dem einkommensschwächeren Partner*in im Rahmen des Ehegattensplittings“ (Beier 2022: 90) führt im Ergebnis dazu, dass Einkommensschwache, meist also Frauen, unbezahlte Haus- und Sorgearbeit übernehmen und sich damit Geschlechterungleichverhältnisse (auch bedingt durch staatliche Verteilungspolitik) verfestigen. „Die Besteuerung des gemeinsamen Einkommens mit Ehegattensplitting führt zu deutlich höheren Belastungen der Zweitverdienenden gegenüber einer Individualbesteuerung. Dies ist ein wichtiger Grund für das relativ geringe Arbeitsvolumen von verheirateten Frauen in Deutschland“ (Bach et al. 2022: 161). Alternative Steuerkonzepte liegen vor und sehen z.B. die Einführung der Individualbesteuerung von Ehepaaren vor oder fordern „die Lohn- und Einkommensteuer konsequent am Maßstab der Steuer-

gerechtigkeit auszurichten; die Steuerpflichtigen sollen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen“ (Deutscher Frauenrat 2023: 3).

Soziale Sicherungssysteme, die auf Geschlechtergerechtigkeit setzen und damit strukturelle Barrieren abbauen, statt sie zu verfestigen (Spangenberg et al. 2020), sind ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit von Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit. Unter dem Eindruck von Veränderungen wie z.B. der Digitalisierung von Arbeit, (neuen) Arbeitnehmer*innenansprüchen oder der sozial-ökologischen Transformation, verändert sich auch Erwerbsarbeit. An vielen Stellen erscheint das Vollzeit-Normalarbeitsverhältnis als Anknüpfungspunkt der Verteilungs- und Sozialpolitik überholt. Wenn Erwerbsarbeit sich also entsprechend verändert, dann müssen sich die Zugriffs- und Anspruchsrechte auf staatliche Leistungen wie Lohnersatzleistungen (z.B. Kinderkrankengeld oder Arbeitslosengeld) ebenfalls ändern.



EINE FEMINISTISCHE VERTEILUNGSPOLITIK...

/// erkennt die gesamte geleistete Arbeit, bezahlt und unbezahlt, als sozialstaatliche Grundlage für verteilungspolitische Maßnahmen an.

/// baut aktiv die strukturellen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern ab, um eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu schaffen.

/// integriert gezielt (unterschiedliche) Geschlechterperspektiven in alle steuer- und transferpolitischen Maßnahmen, um die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Menschen zu berücksichtigen.

/// gestaltet soziale Sicherungssysteme auch unter dem Eindruck des stetigen Wandels und insbesondere in Krisenzeiten resilient, um auch in Zukunft Ungleichheiten abzufedern und bestenfalls abzubauen.

/// baut Fehlanreize im Steuer- und Transfersystem ab, die die Erwerbsbeteiligung von Frauen reduzieren.

FAZIT



WIRTSCHAFTSPOLITIK IST GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Diese Expertise entfaltet eine feministische Perspektive auf Wirtschaftspolitik. Genauer beleuchtet werden fünf Bereiche der wirtschaftspolitischen Zielsetzung. Die thematische Auswahl ist in keinem Fall abschließend, sondern muss kontinuierlich weiterentwickelt werden. Dennoch wird bereits durch die begrenzte Auswahl deutlich, dass feministische Wirtschaftspolitik unterschiedliche Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens tangiert und deshalb politisch unbedingt ressortübergreifend adressiert werden muss. Erst, wenn Ansätze feministischer Wirtschaftspolitik in verschiedenen Politikbereichen Berücksichtigung finden, können sie einen relevanten Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation und zum wirtschaftlichen Umbau unserer Gesellschaft leisten.

Für politische Entscheider*innen, die in Anbetracht des Strukturwandels und der multiplen Krisen jetzt wirtschaftliche Förder- und Subventionsprogramme konzipieren, um die Volkswirtschaft krisenfest, zukunftsfähig, innovationsoffen und wettbewerbsfähig zu machen, kann dies nur bedeuten, gleichstellungsstrategische Zielsetzungen in allen Gesetzen, Programmen und öffentlichen Investitionsentscheidungen fest zu

verankern – auch und gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik. Für den aktuellen Strukturwandel ist es unabdingbar, wohlfahrtstaatliche Sicherungssysteme, wirtschaftliche Prosperität, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zusammenzudenken und nicht gegeneinander auszuspielen. Eine feministische Wirtschaftspolitik leistet genau das, indem sie Wirtschaftspolitik und Gleichstellungspolitik miteinander verbindet. So kann sichergestellt werden, dass die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Einklang mit den Grundsätzen der Geschlechtergerechtigkeit stehen und die Bedürfnisse aller Bürger*innen berücksichtigen.

LITERATUR

- Bach, Stefan/Haan, Peter/Wrohlich, Katharina (2022): Abschaffung der Lohnsteuerklasse V sinnvoll, ersetzt aber keine Reform des Ehegattensplittings, DIW Wochenbericht 10/2022, DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2022-10-1 (Abruf 04.03.2024).
- Barrientos, Stephanie/Kabeer, Naila/Hossain, Naomi (2004): The gender dimensions of the globalization of production. In: Working Paper, Bd. 17. Geneva: ILO.
- Bauhardt, Christine/Çağlar, Gülay (2010): Einleitung. In: Bauhardt, C./Çağlar, G. (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der Ökonomie. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-17. Beier, Friederike (2022): Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staatsrechtliche Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie, femina politica 1, S. 87-95.
- BMFSFJ (2021): Dritter Gleichstellungsbericht. Stellungnahme der Bundesregierung, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/184544/c0d592d2c37e7e2b5b4612379453e9f4/dritter-gleichstellungsbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (Abruf 04.03.2024).
- BMWK (2024): Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken. Jahreswirtschaftsbericht 2024, https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (Abruf 02.04.2024).
- Boeckh, Jürgen/Huster, Ernst-Ulrich/Benz, Benjamin/Schütte, Johannes (2022): Zentrale sozialpolitische Herausforderungen. In: Sozialpolitik in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Brülle, Jan/Spannagel, Dorothee (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie: WSI-Verteilungsbericht 2023. WSI-Mitteilungen 76, H. 6, S. 444-451.
- Bucher-Koenen, Tabea/Lusardi, Annamaria/Alessie, Rob/van Rooij, Maarten C. J. (2017): How financially literate are women? An overview and new insights. Journal of Consumer Affairs, 51, H.2, S. 255-283.
- Bundesregierung (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Bisherige-Berichte/Der-sechste-Bericht/Der-Bericht/der-bericht.html> (Abruf 11.03.24).
- Bönke, Timm/Glaubitz, Rick/Göbler, Konstantin/Harnack, Astrid/Pape, Astrid/Wetter, Miriam (2020): Wer gewinnt? Wer verliert? Die Entwicklung und Prognose von Lebenserwerbseinkommen in Deutschland. Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/index.php?id=5772&tx_rsmbstpublications_pi2%5bdoi%5d=10.11586/2019055&no_cache=1 (Abruf 04.03.2024).
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG) (2021): Leitsätze zum Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.pdf?__blob=publicationFile&v=9 (Abruf 04.03.2024).
- Cabeza-García, Laura/Del Brio, Esther B./Oscanoa-Victorio, Mery Luz (2019): Female financial inclusion and its impacts on inclusive economic development, Women's Studies International Forum 77, 102300.
- Çağatay, Nilüfer (2003): Gender Budgets and Beyond: Feminist Fiscal Policy in the Context of Globalisation, Gender & Development 11, H. 1, S. 15-24.
- Chemie³ (2022): Einstieg in die Kreislaufwirtschaft in der chemischen Industrie, Leitfaden, https://www.chemiehoch3.de/fileadmin/user_upload/Chemie3-Leitfaden_Einstieg_in_die_Kreislaufwirtschaft_in_der_chemischen_Industrie.pdf (Abruf 11.03.24).
- Deutscher Frauenrat (2023): Beschlüsse des Deutschen Frauenrats 2023, <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2023/06/DF-Beschluesse-2023.pdf> (Abruf 04.03.2024).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2024): Rechtliche Zulässigkeit einer Verknüpfung staatlicher Zuwendungen mit sozialen Vorgaben. Kurzbewertung, <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/struktur-industrie-und-dienstleistungspolitik/umwelt-und-klimapolitik/++co++c6522a6c-e124-11ee-9987-e9d9f97e2927> (Abruf 16.04.2024).
- Di Nino, Virginia/Kolndrekaj, Aleksandra/Meyler, Aidan (2022): What drives inflation expectations of women and men? The ECB Blog, <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2022/html/ecb.blog220914~3b10d6ddb8.en.html> (Abruf 04.03.2024).
- Female Founders Monitor (2022): Female Founders Monitor 2022, Berlin Startup-Verband, https://startupverband.de/fileadmin/startupverband/forschung/studien/ffm/Female_Founders_Monitor_2022.pdf (Abruf 04.03.2024).
- Freiwald, Katja/Kirschenmann, Katherin (2021): Die Rolle von Unternehmen – im Rahmen von Lieferketten – bei der Ermächtigung von Frauen. In: Sihn-Weber, Andrea (Hrsg.): CSR und Inklusion. Management-Reihe Corporate Social Responsibility. Springer Gabler, Berlin, Heidelberg. S. 231-254.
- Fuest, Clemens/Neumeier, Florian/Peichl, Andreas (2021): Verteilungspolitik für mehr Inklusion und Wachstum, ifo Schnelldienst 74, H. 7, S. 28-31.
- Gallego Granados, Patricia/Olthaus, Rebecca/Wrohlich, Katharina (2019): Teilzeiterwerbstätigkeit: Überwiegend weiblich und im Durchschnitt schlechter bezahlt, DIW Wochenbericht 46, S. 845-851.
- Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe (2016): Feministische Ökonomie. Eine Einführung. Wien: mandelbaum.
- Haupt, Marlene/Yollu-Tok, Aysel (2018): Finanzwissen und -kompetenzen bei Frauen – vom Sollen, Wollen und Können, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 4 (2017), S. 103-122.
- Hofmann, Sandra/Sesselmeier, Werner/Yollu-Tok, Aysel (2018): Arbeitsmarktpolitik. In: Kubon-Gilke, G. (Hrsg.): Gestalten der Sozialpolitik, Band 2. Marburg, S. 881-908.
- International Labour Office. Bureau for Employers' Activities (2019): Women in business and management: the business case for change. International Labour Office. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_700953.pdf (Abruf 25.03.2024).
- Kalina, Thorsten (2024): Niedriglohnbeschäftigung 2021 – Langfristiger Rückgang nur in Ostdeutschland. In: IAQ-Report.
- Kelly, Sonja/Mirpourian, Mehrdad (2021): Algorithmic Bias, Financial Inclusion, and Gender, Women's World Banking, http://www.womensworldbanking.org/wp-content/uploads/2021/02/2021_Algorithmic_Bias_Report.pdf (Abruf 06.03.2024).
- Knittler, Käthe (2017): Überlegungen zu einer feministischen Geldtheorie. Wer hat das Geld – wer hat die Arbeit? Kurswechsel 1, S. 6-18.
- Kuhl, Mara/Frey, Regina (2019): Geschlechtergerechter Bundeshaushalt. Am Beispiel von Arbeitsmarkt- und Sportförderung, Berlin: Deutscher Frauenrat, <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2020/05/Gutachten-Geschlechtergerechter-Bundeshaushalt.pdf> (Abruf 04.03.2024).

- Mader, Katharina/Achleitner, Sophie (2023): Feministische Finanzpolitik – auch in Krisenzeiten ein blinder Fleck, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20420.pdf> (Abruf 04.03.2024).
- Maier, Friederike/Fiedler, Angela (Hg.) (2002): Gender Matters: Feministische Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin: Ed Sigma.
- Mellor, Mary (2016): Debt or Democracy. Public Money for Sustainability and Social Justice. London: Pluto Press.
- Metzger, Georg (2020): KfW-Gründungsmonitor 2020. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/KfW-Grundungsmonitor-2020.pdf> (Abruf 06.03.2024).
- Michler, Inga (2016): Unternehmensgründungen von Frauen in der High-Tech-Branche, Sonderauswertung des Mannheimer Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für die Welt am Sonntag. In: WELT 2016, 20.03.2016, www.welt.de/wirtschaft/article153479203/Deutschlands-Start-ups-ehlen-die-Frauen.html (Abruf 24.05.2024).
- Mückenberger, Ulrich (2010): Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Ein Umbauprogramm. In: Zeitschrift für Sozialreform, 56, S. 403-420.
- OECD (2018): Women in global value chains. <https://web-archiv.org/2018-07-12/488705-women-in-gvcs.pdf> (Abruf 24.03.2024).
- Oudshoorn, Nelly/Rommes, Els/Stienstra, Marcelle (2004): Configuring the User as Everybody. Gender and Design Cultures in Information and Communication Technologies. In: Science, Technology, & Human Values 29 (1), S. 30-63.
- Peña, Mike (2016): Ignoring Diversity Hurts Tech Products and Ventures. Herausgegeben von eCorner, Stanford University, Stanford, <https://ecorner.stanford.edu/articles/ignoring-diversity-hurts-tech-products-and-ventures> (Abruf 25.03.2024).
- Pfahl, Svenja/Unrau, Eugen/Wittmann, Maïke (2023a): Minijob als einzige Erwerbstätigkeit 2004-2021. In: WSI Genderdatenportal. https://www.wsi.de/data/wsi_gdp_ea-verhaeltnis-03.pdf (Abruf 29.05.2024).
- Pfahl, Svenja/Unrau, Eugen/Lott, Yvonne/Wittmann, Maïke (2023b): Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland in ausgewählten Branchen. In: WSI Report Nr. 80. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008516/p_wsi_report_80_2023.pdf (Abruf 09.03.2024).
- Pistilli, Luca/Paccagnini, Alessia/Breschi, Stefano/Malerba, Franco (2023): Gender Bias in Entrepreneurship: What is the Role of the Founders' Entrepreneurial Background?. Journal of Business Ethics 187, H. 2, S. 325-346.
- Rothschild, Kurt W. (2010). Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik. Wirtschaft und Politik: Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 33.
- Schwarz, Norbert/Schwahn, Florian (2016): Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte: Bewertung und Vergleich mit gesamtwirtschaftlichen Größen. Statistisches Bundesamt, WISTA 2.
- Sesselmeier, Werner/Ostwald, Dennis (2011): Das Arbeits-BIP. Entwicklung eines Wohlstandsindikators für Deutschland und Anwendung der Methodik auf ausgewählte Länder - Konzept und Empirie. Studie im Auftrag der FES
- Six, Eva/Witzani-Haim, Daniel (2023): Inflation: Belastet die Teuerungskrise Frauen stärker als Männer? A&W blog, <https://www.awblog.at/Frauen/inflation-belastet-die-teuerungskrisefrauen-staerker> (Abruf 28.02.2024).
- Spangenberg, Ulrike/Färber, Gisela/Späth, Corinna (2020): Mittelbare Diskriminierung im Lohnsteuerverfahren: Auswirkungen der Lohnsteuerklassen auf Nettoeinkommen und Lohnersatzleistungen. Working Paper Forschungsförderung 190. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Sproll, Martina (2020): Ungleichheit in globalen Wertschöpfungsketten: eine intersektionale Perspektive auf soziale Reproduktion. Österreich Z Soziol 45, 385–401.
- Statistisches Bundesamt (2024a): Wo bleibt die Zeit? Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2022, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/_inhalt.html (Abruf 28.02.2024).
- Statistisches Bundesamt (2024b): - Gender Gap Arbeitsmarkt 2023 unverändert bei 39 %, Pressemitteilung Nr. 083 vom 5. März 2024, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/03/PD24_083_621.html (Abruf 21.02.2024).
- Statistisches Bundesamt (2024c): Exporte im Dezember 2023: -4,6 % zum November 2023, Pressemitteilung Nr. 044 vom 5. Februar 2024, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_044_51.html (Abruf 05.03.2024).
- Statistisches Bundesamt (2023a): Private Konsumausgaben 2022 um 8,5 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, Pressemitteilung Nr. 454 vom 28. November 2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/11/PD23_454_639.html (Abruf 11.03.2024).
- Statistisches Bundesamt (2023b): Sozialbericht-erstattung - Datenbasis: Mikrozensus. https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII73.pdf (Abruf 09.03.2024).
- Statistisches Bundesamt (2023c): Stille Reserve am Arbeitsmarkt im Jahr 2022 bei 3,0 Millionen Menschen, Pressemitteilung Nr. 350 am 5. September 2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/09/PD23_350_13.html (Abruf 11.03.2024).
- Statistisches Bundesamt (2023d): Außenhandel: Die Volksrepublik China ist erneut Deutschlands wichtigster Handelspartner. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html> (Abruf 11.03.2024).
- Thieme, Sebastian (2017): Menschengerechtes Wirtschaften? Subsistenzethische Perspektiven auf die katholische Sozialethik, feministische Ökonomik und Gesellschaftspolitik. Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Trenkmann, Jeannette (2017): Diskussion: Forschungsbedarfe und Handlungsempfehlungen. In: (Solo-)Selbstständigkeit als gleichstellungspolitische Herausforderung. Expertise für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin, S. 101-109.
- Weber, Enzo (2014): Das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland: Fern, aber erreichbar. In: IAB-Kurzbericht, 15.
- Yollu-Tok, Aysel/Rodríguez Garzón, Fabiola (2018): Feministische Ökonomik als Gegenprogramm zur Standardökonomik. In: Erlei, M./Haucap, J. (Hrsg.): Mainstream vs. heterodoxe Ökonomik: Forschungsprogramme im Vergleich. Sonderheft des List Forums für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 44(2018), S. 725-762.
- Yollu-Tok, Aysel/Sesselmeier, Werner (2012): Vollbeschäftigung: ein zeit- und gesellschaftskontingenter Begriff. In: APuZ 14-15/2012, S. 13-19.
- ZEW 2022: Innovationen in der deutschen Wirtschaft. Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2022. Mannheim. https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/mip/22/mip_2022.pdf (Abruf 09.03.2024).



DEUTSCHER
FRAUENRAT